Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Mittwoch, den 31. März 1920 — Nr. 99 / B 54 / Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 5.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich 5.50 M. exkl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Streifband 6.75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 13.— M. zuzüglich Valutaaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 9.00 M., sowie jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Vereins-Anzeigen laut aufgestelltem Anzeigen-Tarif berechnet. Inserate müssen spätestens bis 5 Uhr nachm. gegeben sein.

Inseraten-Annahme: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895-96, 9768

[A54]

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Tag der Verhandlungen.

Zugeständnisse der Regierung.

Das Auftreten des Generals Watter mit seinen furchtbaren Folgen für das Ruhrrevier mußte sofort alle Arbeiterorganisationen auf den Plan rufen. Die ganze Kraft der Arbeiterklasse, die sich in dem siegreichen Generalstreik soeben offenbart hatte, mußte aufgeboten werden, um die kämpfenden Genossen im Ruhrrevier zu schützen. Auf Wunsch der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Berliner Gewerkschaftskommission traten die am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen sowie die Vertreter aller drei Arbeiterparteien bereits am Dienstag vormittag zu einer Beratung zusammen. Einmütig war die Auffassung, daß die bisherigen Erklärungen der Regierung, insbesondere auch die in der Sitzung der Nationalversammlung erfolgten Mitteilungen des Reichskanzlers, durchaus unzureichend wären. Es wurde festgestellt, daß insbesondere das Ultimatum der Regierung und die Ausführungsbestimmungen des Generals Watter an der neuerlichen Entflammung des Bezirkes die Schuld trügen. Um Beruhigung zu schaffen, genügten nicht mehr allgemeine Erklärungen. Die Regierung müsse vielmehr zu ganz bestimmten Zusagen verpflichtet werden.

Da die Forderungen des Generals Watter eine Aufhebung des Bielefelder Abkommens bedeuteten, so müsse vor allem von der Regierung die bindende Zusicherung gegeben werden, daß sie das Bielefelder Abkommen auch heute noch anerkenne. Die dem entgegenstehenden militärischen Befehle und Maßnahmen seien aufzuheben. Zur Beruhigung der Stimmung im Bezirk würde die Abberufung des Generals Watter notwendig sein. Vor allem aber müsse die Regierung das Ultimatum verlängern und eine 48stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zugestehen.

Die Vertreter der Organisationen verhandelten in diesem Sinne mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister. Darauf fand eine Kabinettssitzung statt. Als ihr Ergebnis wurde den Arbeitervertretern mit nachfolgendem Schreiben geantwortet:

Berlin, den 30. März.

Die Reichsregierung sieht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Reichswehrminister erstern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt.

Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen sieben Tage verflossen sind, nicht das Geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Wesel ist unausgesetzt angegriffen worden; Plünderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden und erpresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Bestände der Reichsbank haben sich ereignet. Lebensmittel, Vieh usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilferufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein.

Pflicht der Regierung ist es, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner des Ruhrgebiets geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals Watter nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt wurde.

Im übrigen ist die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in einer Form erfolgt, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur noch auf Aufrührer und Verbrecher beschränkt sein würde.

Die Reichsregierung:
gez.: Müller.

Vergleicht man diese Erklärung mit dem Ultimatum der Regierung, und namentlich mit den Forderungen des Generals Watter, so ist nicht zu verkennen, daß sie einen nicht unwichtigen Fortschritt bedeutet. Vor allem erkennt die Regierung die Bielefelder Vereinbarungen an und erklärt sie als die geeignete Grundlage zur Beilegung des Konfliktes. Sie verpflichtet sich auch, eine über 48 Stunden hinausgehende Frist zur Durchführung des Abkommens zu geben. Weniger klar und bestimmt lauten die Zusicherungen der Regierung über den Einmarsch der Truppen. Insbesondere kann auch die Gewaltankündigung gegen Aufrührer und Verbrecher mißverständlich gedeutet werden. Wir nehmen allerdings an, daß die bis zur Stunde kämpfenden Arbeiter, die die Waffen gegen meuternde Truppen und gegenrevolutionäre Offiziere ergriffen haben, auch von der Regierung nicht als Aufrührer betrachtet werden. Immerhin bedarf dieser Punkt noch genauerer Klarstellung und Präzisierung.

Aber diese unter dem Druck der Arbeiterorganisationen erfolgte Erklärung der Regierung gewährt doch die Hoffnung, daß bei loyaler und vernünftiger Ausführung die Möglichkeit, doch noch zu einer friedlichen Lösung zu gelangen und so nicht nur die Arbeiterschaft des Ruhrreviers, sondern auch das deutsche Wirtschaftsleben vor einer schweren Katastrophe zu bewahren, gegeben ist. Die Antwort bietet deshalb eine geeignete Unterlage, um durch weitere Verhandlungen diese Möglichkeit schließlich zur Gewißheit zu machen. In diesen Verhandlungen wird auch die Frage der Abberufung Watters, dem Urheber des großen Unheils wieder aufgerollt werden und wir glauben, daß gegen den General so umfangreiches Material beigebracht werden kann, daß auch die Regierung ihn nicht wird lange halten können. Vor allem aber bleibt noch wie vor die wichtigste Aufgabe, zu verhindern, daß die Arbeiterschaft des Ruhrreviers zum Objekt des Militarismus wird. Und dafür einzutreten sind die Arbeiterorganisationen nach wie vor bereit. Die deutsche Arbeiterklasse aber verfolgt alle einzelnen Phasen um den Schutz und die Rettung ihrer Brüder im Ruhrrevier mit gespanntester Aufmerksamkeit und mit der festen Entschlossenheit, alle Kraft einzusetzen, um sie vor noch größeren Opfern zu bewahren.

Die Vollmachten Severings.

Berlin, 30. März. (Amtlich.)

Im Anschluß an die Vorkommnisse im Ruhrrevier hat die Reichsregierung dem Reichs- und Staatskommissar Severing folgende erweiterte Vollmacht erteilt:

Die Vollmacht des Reichs- und Staatskommissars Severing wird dahin erweitert, daß Entscheidungen über militärische Operationen in dem Gebiet, für das er bestellt ist, im Einvernehmen mit ihm erfolgen sollen. Er wird ferner bevollmächtigt,

1. zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder sonst in eine nicht gerichtlich bestätigte Haft genommen sind, festzuhalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Verfahrens zu entlassen sind,

2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Entlassung oder sonstige disziplinarische Verfolgung er empfiehlt, weil sie an der von Kapp und Frhrn. von Lüttwitz eingeleiteten hochverräterischen Bewegung als Führer, Verführer oder Aufhetzer aktiv sich beteiligt haben.

Er ist ermächtigt, Unterbevollmächtigte für einzelne Städte oder Bezirke zu ernennen, die den militärischen Stellen als politische Berater zur Seite stehen.

Sämtliche Behörden werden ersucht, und alle Organisationen, Verbände und andere Stellen werden aufgefordert, dem Reichskommissar und seinen Unterbevollmächtigten jede nötige Unterstützung zu gewähren.

Kein Ultimatum.

Das „8 Uhr-Abendblatt" veröffentlicht in sensationeller Aufmachung die Mitteilung von einem Ultimatum der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Hierzu erklären die Abg. Legien und Ostertag, daß die mitgeteilten Forderungen den Beschlüssen der Konferenz der Gewerkschaftsarbeiter entsprechen, von einem Ultimatum aber im entferntesten nicht die Rede war. Von dem Generalstreik, der als Antwort auf die Ablehnung auch nur einer dieser Forderungen sofort für Berlin erklärt werden sollte, ist in der Sitzung von keiner Seite auch nicht einmal gesprochen worden.

Es handelt sich hier um eine gewissenlose Irreführung der ohnehin erregten Arbeiterschaft Deutschlands, die nur den Zweck verfolgt, eine schwere Schädigung unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen.

Einstellung des militärischen Vormarschs im Ruhrgebiet.

General Watter hat den Befehl bekommen, den Vormarsch einzustellen. Morgen wird der Zivilkommissar Severing in Hagen erwartet.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Dortmund und Bochum.

Auf die Zusatzbestimmungen des Generals von Watter zu dem Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März ist, wie wir bereits gemeldet haben, im rheinisch-westfälischen Industriebezirk der Generalstreik erklärt worden. In Dortmund haben sämtliche Werke gestern morgen 6 Uhr den Betrieb stillgelegt. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird bewaffnet und ist zum Kampf gerüstet.

Auch in Bochum hat der Arbeiterrat den Generalstreik proklamiert. Es wird die sofortige Zurückziehung der Truppen und die Absetzung des Generals von Watter gefordert. Die Straßenbahnen haben auf allen Linien ihren Betrieb eingestellt. Um 11 Uhr fand eine Massenkundgebung auf dem Mühlplatz statt.

Die Wirkung der Anmaßung Watters.

T. U. Düsseldorf, 30. März.

Das Düsseldorfer mehrheitssozialistische Blatt schreibt heute zu den Zusatzbestimmungen des Generals v. Watter: Wer hat General v. Watter das Recht gegeben, Zusätze zu einer Erklärung der Reichsregierung herauszugeben und wie kommt er dazu, den von der Reichsregierung bestimmten Zeitpunkt des Ablaufs des Ultimatums zu verkürzen. Mit dieser Maßnahme kann nur Oel ins Feuer gegossen werden. Durch die Zusatzbestimmungen von Watters hat sich die Lage jedoch verändert. Die Vollzugsräte erklären, daß die neuen Bedingungen technisch unmöglich erfüllt werden können.

T. U. Dortmund, 30. März.

Gestern abend hat sich die Vollversammlung der neugewählten Betriebsvertrauensleute dem Aufruf des Dortmunder Vollzugsrats zum Generalstreik angeschlossen. Die mehrheitssozialistische „Westfälische Allgemeine Volkszeitung" (Arbeiterzeitung), welche übrigens gestern beschlagnahmt worden ist, schreibt in einem Aufruf, daß für die organisierte Arbeiterschaft nur maßgebend sein dürfe, was von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bestimmt wird. Der Essener Zentralrat habe die Legitimationen im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen.

Politische Krise in Dänemark.

Der Staatsstreich des Königs, der das Ministerium Zahle kurzerhand auflöste, hat Dänemark in starke politische Erregung versetzt. Die Sozialdemokraten stellen dem König ein Ultimatum, das die sofortige Wiedereinsetzung der alten Regierung verlangte. Dieses Ultimatum hat der König abgelehnt.

Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalstreik für Mittwoch früh proklamiert.

Das neue Kabinett.

Kopenhagen, 30. März.

Das heute vom König ernannte Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Staatsminister und Justizminister: Rechtsanwalt Otto Liebe, Unterricht: Universitätsdirektor Prof. Rosenning, Minister des Innern: Stiftsamtmann Kammerherr Oxholm, Verteidigungsminister: Kommandeur Konow, Minister für öffentliche Arbeiten: Ingenieur Monberg, Finanzminister: Direktor Hansen, Kirchenminister: Rektor Hage, Handelsminister: Schiffsreeder Svenson. Konow übernimmt einstweilen auch das Ministerium des Aeußeren und Oxholm das Ministerium für Landwirtschaft.

Der Kapp-Putsch vor der Nationalversammlung.

Das Regierungsprogramm des Herrn Müller, das die formelle Grundlage der stürmischen Aussprache in der Nationalversammlung bildet, ist völlig in der Versenkung verschwunden. Kaum, daß es ein Redner einmal beiläufig streift, alles dreht sich um den Kapp-Putsch und seine Urheber.

Die Deutschnationalen hatten sich in der ersten Rednerserie den letzten Platz ausgebeten, wahrscheinlich um alle Angriffe mit einem Male parieren zu können. Sie hatten sich freilich keinen guten Fechter ausgesucht. Und das spricht nicht für den Mut der Deutschnationalen und vor allem nicht für ein gutes Gewissen. Der deutschnationale Redner, der ehemalige badische Justizminister Düringer, bat um mildernde Umstände. Er ist kein aggressiver Redner; trotz der kleinen und berechtigten Bosheiten gegen die Ebert-Bauer-Regierung, die „weit vom Schuß" bombastische Proklamationen erließ, bleibt seine Verteidigungsrede auf den Armesünderton gestimmt. So berechtigt sein Vorwurf ist, daß die Regierung Bauer-Noske durch ihre Politik die Hauptschuld an dem Putsch trage, aus diesem Munde bleibt er ohne Wirkung.

Die Aussprache wurde unterbrochen durch die Erklärung Müllers über die Lage im Ruhrgebiet.

Nach dieser Erklärung trat der Minister Koch an das Rednerpult. Man hat im Ministerium die Rollen verteilt. Um die „Einheit" der Regierung zu dokumentieren, muß von jeder der Koalitionsparteien ihr Teil zu dem Putschisten-Scheiterhaufen tragen. Koch verteidigte die Flucht der Minister — er war ja selbst dabei. Oberst Reinhard war wohl bereit, gegen die Boltschewisten zu marschieren, aber er traute seinen Truppen nicht und Noske, der wissen mußte, was er sich herangezogen hat, wird wohl geraten haben, der Tapferkeit besseren Teil zu wählen.

Aus der weiteren Debatte, in die sich der konservative Gewerkschaftler Behrens, der Nationalliberale Hugo und Minister Koch teilen, kommen allerlei Enthüllungen zum Vorschein. Man erfährt, daß Stresemann und andere Führer der Deutschen Volkspartei an das Zentrum herangetreten sind, um einen Ausgleich mit der Kapp-Regierung herbeizuführen — vielleicht die ersten Versuche einer Koalition der Rechtsparteien mit Einschluß des Zentrums zu bilden. Man erfährt, daß Herr Schiffer, der Justizminister der alten Regierung, mit den Kapp-Lüttwitz als ebenbürtiger Partner verhandelte, statt sie verhaften zu lassen. Jedenfalls gehen aus allen Andeutungen hervor, daß in der Regierungskoalition es nur die Rechtssozialisten sind, die ehrlich an dem Blockbündnis festhielten.

Eine Kapuzinerpredigt des Bamberger Domkapitulars Leicht und eine derbe Versammlungsrede des rechtssozialistischen Herrn Wels bringen Abwechselung in die Debatte. Bei Wels ist besonders komisch seine Entrüstung, daß die Kappleute in der Nationalversammlung nicht vierzehn Tage vor dem Putsch das „Hohe Haus" auf die kommenden Dinge vorbereitet haben.

Genosse Seger, der zweite Redner der U. S. P., hebt die Debatte wieder auf die politische Höhe: er reißt der alten Regierung die Maske vom Gesicht, zeigt, wie sie systematisch die Reaktion großgezogen hat, und daß sie auch heute noch um keine Linie von dem alten Kurs abgewichen ist. Beweis: ihr Verhalten zu den Vorhängen im Ruhrgebiet. Die Quintessenz der scharfen Rede Segers war natürlich die nochmalige Feststellung, daß die U. S. P. dieser Regierung kein Vertrauen aussprechen kann, und daß sie sich auch dem Dank der Regierungskoalition an die Arbeiter nicht anschließt, denn um dieser Regierung willen haben sich die Arbeiter nicht der Kapp-Sippschaft entgegengestellt.

In einer Flut persönlicher Bemerkungen klingt der Sturm aus. Das Vertrauensvotum wurde vom Regierungsblock angenommen, für die Verurteilung des Putsches stimmt mit Ausnahme der äußersten Rechten die ganze Nationalversammlung.

Auf die politische Debatte folgte die Galopperledigung einer Reihe kleiner Gesetze. Mit einem wirklichen Akt ging schließlich die Nationalversammlung in die Osterferien: sie beschloß in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit, die Immunität des Abgeordneten Traub aufzuheben. Der Oberreichsanwalt hat das Auslieferungsbegehren gestellt, weil Traub, in den Kapp-Putsch verwickelt, des Hochverrats verdächtig sei. Die Geschäftsordnungskommission schloß sich, trotzdem unser Genosse Geyer sehr energisch dagegen auftrat, diesem Auslieferungsbegehren in ihrer Mehrheit an, und der Demokrat Haas begründete als Berichterstatter diese Preisgabe der parlamentarischen Immunität. Daß er sich auf den Fall Liebknecht-Hoffelmann berief, zeugt für die schlechten Gründe, die die Geschäftsordnungskommission für ihren Beschluß hatte.

Genosse Fritz Geyer vertrat in einer kurzen, aber sehr deutlichen Rede den grundsätzlichen Standpunkt der U. S. P. D., denselben Standpunkt, den leider jetzt die Rechtssozialisten verlassen haben, denn sie stimmten mit einer lendenlahmen Begründung für die Auslieferung Traubs. Die Nationalversammlung hat wahrlich keine Ursache, auf diese letzte Tat vor den Osterferien stolz zu sein.

Die Gegenrevolution in Berlin und in Budapest.

Schon Wochen vor dem Staatsstreich der Kapp-Lüttwitz wiesen wir auf die enge Verbindung zwischen den deutschen und ungarischen Monarchisten hin. Der weiße Terror in Ungarn war das Ideal, dem die Baltikumer und ihre Vorgesetzten nachstrebten. In Ungarn herrschte bei den Weißgardisten eitel Freude über die Gegenrevolution in Berlin. Das erhellt nicht nur aus der Haltung der von einer sehr straffen Zensur geleiteten Presse, sondern auch aus dem sehr regen Verkehr, der zwischen deutschen und ungarischen Offizieren einsetzte. Die „Wiener Arbeiterzeitung" berichtet darüber:

„Es fahren ununterbrochen deutsche Offiziere nach Ungarn, wo sie bei der vorläufig geheim bestehenden Organisation der magyarischen Armee als Ratgeber und Instruktoren wirken und in dem Hauptquartier des Herrn Horthy bei politischen Entscheidungen auch ein gewichtiges Wort mitsprechen haben. Die monarchistische Restauration und der Haß gegen die Arbeiterschaft und die Vorbereitung eines Revanchekrieges sind die großen gemeinsamen politischen Ziele, die Ludendorff und Horthy einen. Die ungarische Regierung, unvorsichtig und läppisch in allen Dingen, nahm den Sieg ihrer Gesinnungsgenossen für so sicher, daß sie schon einen diplomatischen Vertreter in der Person des berüchtigten früheren Wiener Militärbevollmächtigten, des Grafen Takacs-Tolvay, nach Berlin zu entsenden im Begriff stand. Dann kam aber der schmähliche Zusammenbruch der Berliner Horthy-Revolution und der Katzenjammer danach ist nicht nur in Berlin ein sehr großer."

Nur durch Strohche weiterzugeben.

Einwohnerwehren und Lockspitzelei.

Wie alle, die plötzlich nicht mit dem Kapp-Putsch zu tun gehabt haben wollen, versucht auch die Zentralstelle für Einwohnerwehren durch lendenlahme Erklärungen ihre „neutrale" Stellung zu den Ereignissen der Putsch-Woche darzulegen. Gegenüber diesen Reinwaschungsversuchen, die auf die Naivität des bürgerlichen Publikums spekulieren, verweisen wir auf folgenden Aufruf der Reichszentrale für Einwohnerwehren, die am 13. März amtlich durch Wolffs Bureau verbreitet wurde:

„An die Einwohnerwehren Deutschlands: Die Wiederherstellung einer ordnungsmäßigen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue, schwerste Aufgaben. Jetzt muß sich erweisen, ob die Einwohnerwehren die Hoffnung Deutschlands erfüllen und unter allen Umständen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Gegründet zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zum Schutz des niedergebrochenen Vaterlandes, stellen sie sich mit ganzer Kraft hinter den Mehrheitswillen des deutschen Volkes. Die neue „Regierung der Arbeit" hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen, alle Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, in kürzester Frist Neuwahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutz von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heim und Herd gegen Unruhestifter und Verbrechertum. Die Stunde fordert von jedem Deutschen, welcher Partei er auch sei, in treuer Pflichterfüllung für die Verhinderung des Bürgerkrieges sich einzusetzen.

Schon aus dieser Kundgebung geht die nur schlecht verhüllte Anerkennung des Staatsstreichs durch die Zentrale der Einwohnerwehren deutlich hervor. Noch klarer zeigt sich aber der Zusammenhang zwischen der sonnigen Zentralstelle und den militaristischen Staatsstreichlern aus folgender Meldung der Zentralstelle, die am 16. März an die Einwohnerwehren der einzelnen Orte weitergegeben wurde:

„Reichswehrgruppenkommando I teilt mit:

Die Verhandlungen zwischen der neuen und alten Regierung sind auf einen Punkt angekommen, der die sichere Lösung der Forderungen, für die wir uns eingesetzt haben, gewährleistet. Die Spartakisten erkennen weder die neue noch die alte Regierung an und wollen den Zeitpunkt benutzen, um die Weltrevolution durchzuführen, dies mit allen Mitteln zu verhindern, ist die höchste Aufgabe der Truppen zum Wohle des Vaterlandes.

Im Moment, wo der Bolschewismus oder Kommunismus proklamiert wird, muß alles was Beine hat, zusammenstehen und von irgendwelchem Streit und irgendwelcher Neutralität kann keine Rede mehr sein. Die Einwohnerwehr tritt mit diesem Moment an die Seite des Militärs und wird sich einsetzen müssen gegen Plünderung, Raub und Umsturz durch die Kommunisten, sonst sind wir alle verloren."

Hierzu fügt die Zentralstelle der Einwohnerwehren aus eigenem hinzu:

Persönliche Ansicht des Herrn Hauptmann von Mitter: Dadurch wird jede Frage bezüglich Eingreifen der Einwohnerwehr gelöst. Es wird natürlich ein großes Blutvergießen geben. Von heute abend an ist mit starken gut geführten kommunistischen Angriffen im Bereiche von Berlin zu rechnen. Die Kommunisten haben das Ultimatum gestellt, daß die Truppen aus Arbeitervierteln zurückgezogen werden sollen. Es ist möglich, daß die Unterführer der Kommunisten, auch an die Einwohnerwehren ein Ultimatum stellen, die Waffen abzuliefern.

Es geht also um das Letzte, um Kopf und Kragen.

Diese Meldung darf nur durch Melder, die als Strohche gekleidet sind, weitergegeben werden."

Jetzt bedarf es wohl kaum noch weiterer Beweise für die Lockspitzelei mit provokatorischen Absichten, die von der reaktionären Gesellschaft betrieben wird. Diese Tatsache muß neben den bisher bekanntgewordenen im Auge behalten werden, um endlich mit eisernem Besen eine Einrichtung zu beseitigen, die zum Sammelpunkt der militaristischen Korruption, zum Bollwerk der schlimmsten Reaktion geworden ist.

Zumbroich vom Amt suspendiert.

Der Staatsanwalt Zumbroich, der im Lebebour-Prozeß als jugendfrischer Vertreter des „reinen Idealismus" auftrat, hat sich am 13. März sofort der Regierung Kapp zur Verfügung gestellt, vor den nationalistischen Studenten der Berliner Universität eine feurige Ansprache gehalten und die Studenten aufgefordert, mit allen Kräften die sogenannte neue Regierung zu unterstützen. Der Eid, den Herr Zumbroich der alten Regierung geleistet hatte, stand ihm bei diesem Vorgehen nicht im Wege. Nachdem die Regierung Kapp davongejagt war, stellte sich Herr Zumbroich wieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Er schwindelte der Oeffentlichkeit vor, auf die Studenten nur „beruhigend" eingewirkt zu haben. Aber sein Leugnen war zwecklos. Herr Zumbroich, der im Auftrage des Staatskommissariats zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung bei der Berliner Sicherheitspolizei in Dienst getreten war, ist gestern vom Amte suspendiert worden. Wir erwarten, daß gegen Herrn Zumbroich sofort ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet wird.

Die skandalösen Ausländerverhaftungen.

Gestern nachmittag hat beim Staatskommissar Dr. Weismann die aus Anlaß der Russenrazzia am vergangenen Sonnabend angesetzte Konferenz stattgefunden, an der Vertreter des Oberbefehlshabers, der Polizeipräsident Richter, sowie Vertreter der Arbeiterorganisationen teilnahmen. In gründlicher Aussprache wurden die Ausländerverhaftungen des vergangenen Sonnabends behandelt. Es fuhr gestern vormittag eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Arbeiterorganisationen und Militärs, nach dem Lager Zossen, um dort die Verhältnisse zu untersuchen und die Grundlage für die sofortige Entlastung aller Personen zu schaffen, die ohne zwingende Gründe verhaftet worden sind.

Eine Kundgebung an das deutsche Proletariat.

Der Kreisarbeiterrat Wiens hat in seiner Sitzung vom 23. März auf Antrag des Genossen Friedrich Adler nach lebhafter Debatte folgende Kundgebung an das Proletariat Deutschlands beschlossen:

„Mit atemloser Spannung verfolgt die Arbeiterklasse Deutschösterreichs die Entwicklung der Klassenkämpfe in Deutschland. Nicht nur das Schicksal des ganzen deutschen Proletariats, zu dem auch die Arbeiter Deutschösterreichs gehören, steht in Frage, sondern die nächsten Entwicklungsmöglichkeiten des sozialistischen Aufstieges in der ganzen Welt. Im Bewußtsein der ganzen Schwere der historischen Situation hält es der Kreisarbeiterrat Wien für seine proletarische Pflicht, den klassenbewußten Arbeitern Deutschlands zuzurufen: Schließt die Reihen!

Wir geben uns nicht der utopistischen Idee hin, daß es möglich wäre, unter den gegenwärtigen Bedingungen nach allem, was während des Krieges und nach dem Kriege geschehen ist, nun eine einheitliche Partei des klassenbewußten Proletariats in Deutschland herzustellen. Die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse sind bedingt durch die verschiedenen historischen Entwicklungsmöglichkeiten, sind bedingt durch die Verschiedenheit in der Einschätzung der Möglichkeiten der Entwicklung. Aber wir sind überzeugt, daß das, was in Deutschösterreich gelungen ist, über die Verschiedenheiten der Fraktionen hinaus einen gemeinsamen Verständigungsboden für das Proletariat zu schaffen, auch in Deutschland möglich sein muß. Der Arbeiterrat, wie wir ihn in Deutschösterreich haben, gibt die Möglichkeit, die Gegensätze innerhalb des Proletariats in Erscheinung treten zu lassen, die Kräfte innerhalb des Proletariats sich aneinander messen zu lassen, ohne die Aktionskraft der Arbeiterklasse in bruderkampferischem Kampf zu verbrauchen. Denn noch wichtiger als die Frage, welche Aktion in jedem historischen Moment notwendig ist, erscheint uns die Ermöglichung der gemeinsamen Aktion des Proletariats gegen den gemeinsamen Feind aller Proletarier, gegen die Gefahr der Konterrevolution. Und deshalb glauben wir, auf Grund der Erfahrungen in Deutschösterreich den Proletariern in Deutschland zurufen zu dürfen: Schaffet einen Arbeiterrat, schafft ein Instrument, das alle proletarischen Kräfte und nur die Kräfte des Proletariats zum Ausdruck bringt! Nur dann seid Ihr gerüstet gegen die Gefahren der Konterrevolution, nur dann seid ihr gerüstet für den Kampf um das Endziel des Sozialismus!

Mit Bangen und Trauer haben wir immer wieder gesehen, wie in Deutschland die bewaffnete Gewalt an die konterrevolutionären Offiziere, an die Knechte der Reaktion ausgeliefert wurde. Auch in dieser Richtung glauben wir ohne Ueberhebung sagen zu dürfen: Schaffet eine Wehr, wie wir sie in Oesterreich besitzen, eine Wehr, die als Instrument der Reaktion unbrauchbar ist!

Euer Schicksal ist unser Schicksal. Und so hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo sich vollziehen wird der Geschichte ehernes Muß, der Anschluß des Proletariats Deutschösterreichs, an das revolutionäre, an das sozialistische Deutschland!

Der Kreisarbeiterrat Wiens:
Karl Heinz, Sekretär. Friedrich Adler, Obmann.

Das Geschlecht der Lügner.

Die kommandierenden Generale erklären jetzt der Reihe nach, auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Soweit sie an dem Staatsstreich der Kapp-Lüttwitz beteiligt waren, versuchen sie ihre Schuld dadurch abzuschwächen, daß sie den scheinheiligen Vorwand vorschieben, auf Befehl der höheren Vorgesetzten gehandelt zu haben. Zu diesen merkwürdigen Heldengestalten gehört auch der General v. Lettow-Vorbeck, der durch eine Notiz in der Berliner Presse seine Unschuld darzulegen versucht und sich für den „Kampf gegen den Bolschewismus" anbiedern möchte. Seine Erklärung erweist sich aber als eitel Flunkerei. Das wird durch folgende Zuschrift aus Neustrelitz einwandfrei festgelegt:

„General v. Lettow-Vorbeck hat am 14. März, abends, die Staatsgendarmerie von Mecklenburg-Strelitz, die das Regierungsviertel bewachte, durch Reichswehr angreifen lassen.

General v. Lettow-Vorbeck hat in der Nacht von 14. zum 15. der Mecklenburg-Strelitzschen Staatsregierung ein Ultimatum mit drei Stunden Frist gestellt, die Kapp-Regierung anzuerkennen.

General v. Lettow-Vorbeck hat den Befehl der Kapp-Regierung, die Polizeichefs beider Mecklenburg, Oberst Lange und Major Müller-Brandenburg, sofort „unschädlich" zu machen, durchzuführen versucht. Oberst Lange konnte er nicht erreichen, Major Müller-Brandenburg wurde von fünf Reichswehroffizieren in der Nacht vom 14. zum 15. am neutralen Verhandlungstisch verhaftet und auf Lettows Befehl nach Berlin geschleppt und ins Gefängnis gesteckt."

Diese wenigen Tatsachen genügen vollständig, um Lettow-Vorbeck genau so als Eidbrecher, Hochverräter und Verbrecher am deutschen Volke erscheinen zu lassen, wie Kapp, Lüttwitz und Genossen. Die adeligen Generäle, denen Herr Noske den Schutz der Republik anvertraute, sind alle aus dem gleichen Holze geschnitzt. Allesamt haben sie am Sturz der Regierung tätigen Anteil gehabt, aber genau so wie nach dem unglückseligen Kriege leugnen sie jetzt ihre Mitschuld und verkriechen sich feige hinter einer Lügenmauer.

Die Sozialisierung von Kohle und Eisen. Der Deutsche Wirtschaftskongreß wird in einer öffentlichen Tagung am Mittwoch abend um 7½ Uhr im Plenarsaal des Herrenhauses den Punkt 6 der neun Gewerkschaftsforderungen, die Möglichkeit der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe behandeln. Der frühere Direktor der Firma Thyssen Hörten, der z. Zt. Referent im Reichsfinanzministerium ist und für eine schrittweise Sozialisierung eintritt, wird über die Sozialisierung von Kohle und Eisen referieren. Korreferenten sind u. a. Georg Bernhard und Dr. Schneider vom Reichsverband der Deutschen Industrie. Der Zutritt zu den Tribünen des Plenarsaales ist jedermann frei.

Sitzung des Sozialdemokratischen Parteiausschusses. Dienstag nachmittag trat, wie die B. P. N. erfahren, der Parteiausschuß der S. P. D. zu einer Sitzung zusammen. An den politischen Situationsbericht, den der Parteivorsitzende Otto Wels erstattete, schloß sich eine Debatte, die Mittwoch fortgesetzt werden soll.

Am Springquell der Gegenrevolution.

Der Springquell der Gegenrevolution war das Reichswehrministerium und das von dem Hochverräter Lüttwitz geleitete Reichswehrgruppenkommando I. Bei Lüttwitz liefen alle Fäden der Verschwörung zusammen. Von hier aus wurden die Direktiven für die Maßnahmen im ganzen Reiche erteilt. Nachdem der Putsch der Kappleute gescheitert war, hätte es die erste Aufgabe der Regierung sein müssen, beide Verschwörernester gründlich zu säubern. Bisher ist aber noch nichts geschehen. Die hochverräterischen Offiziere stehen heute wieder „auf dem Boden der Verfassung", spinnen ihre Fäden weiter und sinnen auf neues Unheil. Von den Offizieren des Reichswehrgruppen-Kommandos I, die aktiv an dem Lüttwitz-Putsch beteiligt waren, nennen wir nur folgende Namen: Hauptmann von Wiebahn, Oberleutnant von Jeschonnek, Oberleutnant von Bismarck, Leutnant Lichtenstein, Major Kunze, Oberleutnant von Versen, Oberleutnant von Jagow.

All diese Offiziere genossen das besondere Vertrauen Noskes. Der gefährlichste von allen war und ist aber der Hauptmann Mohzischewitz, der die Spitzelabteilung bei Lüttwitz leitete, alle Gespenstergeschichten über kommunistische und spartakistische Umtriebe zusammendichtete und in die Presse lancierte, um für den Lüttwitz-Putsch eine möglichst günstige Basis zu schaffen. Mohzischewitz hat bei Lüttwitz auch das berüchtigte Konto Ic angelegt. Hier strömten die Gelder der Schwerindustrie und der Hochfinanz Millionenweise zusammen, um im Sinne der monarchistischen Bestrebungen Verwendung zu finden. Herr von Seeckt, der Nachfolger Lüttwitzens, wird die Säuberungsaktion im Reichswehrgruppenkommando I kaum vornehmen wollen und können. Aber wir lenken die Oeffentlichkeit auf diesen Skandal hin und fordern auf das energischste, daß die Kappisten aus dieser Dienststelle so schleunigst wie möglich entfernt und wegen Hochverrats unter Anklage gestellt werden.

Auch im Reichswehrministerium herrscht nach wie vor der Geist des Hochverräters Lüttwitz. Keiner der hochverräterischen Offiziere ist bisher entfernt worden. Major von Gilsa kann seine zweideutige Rolle ebenso gut weiter spielen, wie er sie unter Noskes Führung geschickt hat. Nichts kann den Geist, der im Reichswehrministerium herrscht, besser beleuchten, als die Tatsache, daß der Korvettenkapitän Ehrhardt, der schon längst hinter Schloß und Riegel sitzen müßte, noch am Montag vormittag mehrere Stunden im Reichswehrministerium weilte, dort Besprechungen abhielt und sich mit dem Wunsche auf ein baldiges Wiedersehen unbehelligt entfernen konnte. Als ein besonderes Kuriosum sei außerdem noch erwähnt, daß der Kapitänleutnant Canaris, der im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß als Beisitzer fungierte und bei der Flucht Vogel seine Hände im Spiele hatte, im Reichswehrministerium immer noch eine unheilvolle Rolle spielen kann. Er war einer der ersten Offiziere, die sich für die Kapp-Regierung erklärten. Heute steht er wieder auf dem Boden der Tatsachen und spinnt seine Fäden weiter.

Seeckt schützt die Schuldigen.

Daß General von Seeckt den Schutz aller dieser Herren und derjenigen anderen Beamten beabsichtigt, die den Kapp-Putsch unterstützt haben, erhellt deutlich die folgende von ihm erlassene Verordnung. Sie lautet:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 wird verfügt:

Den Arbeitnehmern, die sich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung in den Dienst der Einwohnerwehr, der Zeitfreiwilligen oder der technischen Nothilfe gestellt haben, kann von den Arbeitgebern aus diesem Anlaß nicht gekündigt werden. Die Arbeitnehmer gelten für die Zeit ihres Dienstes in der Einwohnerwehr, in Zeitfreiwilligenformationen oder in der technischen Nothilfe als von ihrer jetzigen Dienststelle beurlaubt; Lohnkürzungen dürfen nicht eintreten; ihr Wiedereintritt in die frühere Berufsstelle bleibt ihnen rechtlich gesichert. Der Nachweis des geleisteten Dienstes ist von der leitenden Stelle der Einwohnerwehr, der Zeitfreiwilligenformation (mil. Kommandostelle) oder technischen Nothilfe täglich zu bescheinigen.

Unbeschadet dieser Regelung sind begründete Reklamationen der Arbeitgeber weitgehend zu berücksichtigen.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 1920 bestraft.

Alle diese Formationen haben sich in den kritischen Tagen rückhaltlos auf die Seite der Kapp-Leute gestellt. Ihre Unterstützung ist deshalb durchaus hochverräterischen Charakters und verlangt die schärfste Bestrafung. Auf Grund dieser Tätigkeit schwebt bereits gegen zahlreiche Beamte eine Untersuchung. Die Verordnung des Generals von Seeckt muß deshalb sofort aufgehoben werden, weil sie im schärfsten Widerspruch zu der zugesagten Bestrafung aller an dem Kapp-Putsch Schuldigen steht. Die in der Verordnung vorgesehene Ausnahmebestimmung genügt für diesen Zweck durchaus nicht, weil sie in der Praxis einfach wirkungslos bleiben wird, und weil die schärfste Bestrafung aller Schuldigen die erste Voraussetzung für die Verhinderung der Wiederkehr derartiger hochverräterischer Unternehmungen ist.

Wie lange will die Regierung diesen Mann, der täglich zeigt, daß er seinen ganzen Einfluß zum Schutz der Schuldigen ausnützt, überhaupt noch auf seinen Posten belassen? Nach unserer Ansicht ist er reif, ein Nachfolger Noskes zu werden.

Ehrhardt wieder in Döberitz.

Berlin, 30. März.

Wie mitgeteilt wird, hat der beabsichtigte Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt nach dem Lockstedter Lager dadurch eine Verzögerung erfahren, daß die Beamten und Arbeiter der Eisenbahndirektion Altona die Weiterführung der Eisenbahntransporte in ihrem Direktionsbezirk verweigert haben. Nur der erste Transport ist im Lockstedter Lager angekommen. Die übrigen mußten in das Döberitzer Lager zurückgeleitet werden.

Die Arbeiter und Beamten der Eisenbahndirektion Altona haben jedenfalls deshalb die Weiterleitung der Baltikumer abgelehnt, weil die Regierung dieselben im Besitz aller Kampfmittel belassen hat, und weil man besonders in Hamburg stark begründete Befürchtungen hegt, daß das Lockstedter Lager zu einer neuen Hochburg der reaktionären Militärs ausgebaut werden soll. Es ist also nichts Schleunigeres zu tun, als die Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld, ebenso alle Ueberbleibsel der ehemaligen Freikorps restlos aufzulösen. Nur so wird diese ständige Gefahr der militärischen Reaktion endgültig beseitigt werden können.

Auf angemaßten Aufruf für Arbeit erschien eine Erklärung der Eisenbahnerverbände, daß der Generalausstand als beendet zu betrachten sei, unter dem auch die gefälschte Unterschrift des Vorsitzenden Kohnr des „Deutschen Eisenbahnerverbandes" zu lesen war.

Die neueste Ausgabe der „Eisenbahnerstimme", des Organs des Herrn Riedel und seines Verbandes, bringt neue ausführliche Erklärungen über diesen seltsamen Vorgang. Das Blatt schreibt, daß nach der Uebernahme der Staatsgeschäfte durch Herrn Schiffer sofort beschlossen worden sei, Nationalversammlung und Landesversammlung wieder nach Berlin einzuberufen und die Neuwahlen spätestens im Juni stattfinden zu lassen. „Nachdem der Vizekanzler den Eisenbahnminister bevollmächtigt hatte," fährt das Blatt fort, „die entsprechenden Garantien hierfür den Gewerkschaften zugesichern, erklärte die Generalstreikleitung der Eisenbahner am Mittwoch, den 17. März, abends 7 Uhr, den Generalstreik für abgebrochen. Sofort wurden Kurierlokomotiven und Diensttelegramme in Bewegung gesetzt, um in alle Teile Deutschlands die Nachricht gelangen zu lassen."

Womit die Getreuen des Herrn Riedel bekennen, daß sie nach der Wiederkehr des Herrn Schiffer nichts eiligeres zu tun hatten, als die stolze Front des Proletariats zu durchbrechen und jede weitere Ausnutzung des gewaltigen Streiks zugunsten der politischen Rechte der Arbeiterklasse zu verhindern. Es hat sich gezeigt, wie bedeutungslos dieser Akt der Untreue für den Ausgang des Kampfes war, denn das Absplittern eines Teiles der Eisenbahner vor Beendigung des Kampfes fand keine Beachtung.

Gleichwohl sind diese Leute ungewöhnlich stolz auf ihren Verrat. Die „Eisenbahnerstimme" preist diese Wendung der Bewegung. Noch ihr haben Herr Riedel und die Seinen ganz allein das politische Schicksal des deutschen Volkes gemeistert. Und gleich zweimal hintereinander, einmal gegen Kapp und das zweitemal gegen — den Bolschewismus. Gegen den Bolschewismus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der zur Fortführung des Generalstreiks aufrief. Dafür fordern sie Dank, und es mag sein, daß er nicht ausbleibt. Wenn wieder einmal die preußische Eisenbahnbureaukratie gegen Arbeiter- und Beamtenschaft vorgeht, dann wird sie sich vielleicht der willfährigen Eunuchen um Riedel dankbar erinnern. Auch bei den jüngsten Massenmaßregelungen in den Eisenbahnwerkstätten haben es ja die Vertrauensleute des sechsundzwanzigprozentigen „Deutschen Eisenbahnerverbandes" zu spüren bekommen, daß sie anders gewertet werden, als die Anhänger der „Eisenbahnerstimme". Anders allerdings wird der Dank ausfallen, den die Eisenbahner selbst Herrn Riedel und seinen Leuten zu gegebener Zeit abstatten dürften. Das Unerhörteste aber ist es, daß es die „Eisenbahnerstimme" wagt, Kohnr der Untreue zu beschuldigen, weil er die Teilnahme an dem Verrat der Gelben ablehnte und von der Zentralstreikleitung der Eisenbahner zurücktrat, die seinen Namen fälschlich unter ihren Aufruf zum Streikbruch gesetzt hatte.

General Reinhardt bleibt.

Gleichzeitig mit dem Rücktritt des Reichswehrministers hat General Reinhardt, der seit Januar 1919 in enger Arbeitsgemeinschaft mit Noske das deutsche Heerwesen geleitet hat, seinen Abschied erbeten. Der Reichspräsident lehnte dieses Gesuch unter vollster Anerkennung der bisherigen Tätigkeit des Generals ab und ersuchte ihn, sich dem neuen Reichswehrminister Geßler zur besonderen Verfügung zu stellen. Demzufolge wird General Reinhardt an Stelle seiner bisherigen Tätigkeit im Reichsministerium in nächster Zeit im Auftrage des Ministers die Kommandostellen und Truppen der Reichswehr besichtigen.

Urabstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 30. März.

Eine Konferenz der Bergleute hat nach Prüfung des Anerbietens der Regierung beschlossen, die Mitglieder darüber abstimmen zu lassen, ob sie das Anerbieten annehmen oder in den Streik treten wollen, um ihre ursprüngliche Mindestforderung von drei Schilling durchzusetzen.

Immunität des Sowjetgesandten Kopp. Die Maßnahmen gegen den Sowjetgesandten Kopp sind aufgehoben worden. Es wird ausdrücklich erklärt, daß sie ohne Zustimmung der Regierung getroffen worden seien. Der Polizeipräsident Richter hat seine Organe angewiesen, jede Belästigung Kopps zu unterlassen. Vom Auswärtigen Amt hat Kopp einen Ausweis erhalten, wonach ihm alle Rechte der Gesandten-Immunität zustehen. Die Nachricht, daß unter den verhafteten und nach Zossen gebrachten Russen auch der bekannte Führer Axelrod sei, ist falsch. Axelrod ist unbehelligt in seiner Wilmersdorfer Wohnung.

Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins.

Die Delegierten der Industriegruppen der Betriebsräte Groß-Berlins nahmen gestern im großen Saal der Böhm-Brauerei zu der gegenwärtigen Lage Stellung. Der Vorsitzende Malzahn gab Kenntnis von dem bereits in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Telegramm des Aktionsausschusses an den Essener Zentralrat.

Den Bericht gab Wegmann. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Afa und der drei sozialistischen Parteien hatten heute mittag eine Sitzung, in der nach kurzer Aussprache das Ultimatum an die Reichsregierung beschlossen wurde, das wir an anderer Stelle veröffentlichen.

An der Besprechung mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes und den Parteien sollten die Vertreter der Berliner Betriebsräte teilnehmen. Der Vorsitzende Legien erklärte, daß er die Körperschaft der Betriebsräte nicht anerkennen könne und verlangt die Entfernung der erschienenen Vertreter Wegmann und Malzahn, andernfalls er die Sitzung verlasse. Um in der gespannten Situation Legien keine Gelegenheit zum Kneifen zu geben, zogen sich beide genannte Vertreter der Betriebsrätezentrale zurück. Wegmann betonte, daß für die Zentrale der Betriebsräte die Entschlüsse der heute hier versammelten Vollversammlung maßgebend seien. Fortfahrend erklärte er, daß der Zentrale zuverlässige Mitteilung geworden ist, daß der von der Regierung nach Bielefeld entsandte Vertreter Giesberts sich bei den Verhandlungen erst geweigert habe, die Kommission anzuerkennen, da diese nicht verfassungsmäßig sei. Nach den Verhandlungen erklärte er, für die Bestimmungen des Abkommens könne man sich ja in Berlin bewenden, ob sie die Regierung anerkennen werde, sei eine andere Frage. Weiter erklärte Giesberts in einem Interview, er bedauere, daß die Reichsregierung sich mit den Aufrührern des Ruhrgebiets in Verhandlungen eingelassen habe. Wenn es nach ihm gegangen wäre, dann hätte die Regierung sofort die Erhebung mit Waffengewalt niederschlagen müssen. Wegmann bekont, daß dieses Verhalten des Herrn Giesberts die Haltung der Regierung kennzeichne. Das Berliner Proletariat werde die Antwort zu geben wissen. Wenn es Tatsache wird, daß das kämpfende Proletariat des Ruhrgebiets niedergemetzelt werden soll, dann werden die Berliner Arbeiter wie ein Mann aufstehen, zur Unterstützung der Genossen Rheinland-Westfalens.

In der Diskussion wurde von den Vertretern der einzelnen Industriegruppen allgemein die sofortige Proklamierung des Generalstreiks verlangt. Die Betriebsräte dieser Industriegruppen haben sich am Montag in Gruppenversammlungen mit der gegenwärtigen Lage beschäftigt und allgemein in den gefaßten Entschließungen gefordert, die Delegiertenvollversammlung solle sofort den Generalstreik proklamieren.

Die Redaktionsschluß lag noch kein Beschluß vor.

*

Heute mittag 1 Uhr in der Böhm-Brauerei Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte Groß-Berlins. Zutritt haben nur Delegierte, welche Ausweise der Industriegruppen vorweisen können.

Elende Drückebergerei.

Bezahlung der Streiktage.

Anhänger des Unternehmens der Kapp und Konsorten, die mit Betrübnis am Sarge der hochverräterischen Bewegung stehen, ohne indes den Mut zu einem offenen Bekenntnis zu haben, gibt es nicht nur unter Offizieren und Beamten, sondern auch in den Kreisen der Industriellen in großer Zahl. Das zeigt sich in der Frage der Bezahlung der Streiktage. Hier versucht es ein bornniertes Scharfmachertum, Rache zu nehmen an der Arbeiterschaft, die die sehnlichst herbeigewünschte Reaktion zu Paaren getrieben hat. In den Kreisen der Metallindustriellen macht sich sogar ein starker Terror der Oberscharfmacher fühlbar, die auf zahlreiche Unternehmer, die gern die Streiktage bezahlen wollen, einwirken, um die Bezahlung zu verhindern. Das „Berliner Tageblatt" renommierte noch gestern mit dem Bürgertum, das auch „dabei gewesen" sei. Hier aber zeigt es sich, daß einflußreiche Teile des Bürgertums nicht einmal ein Opfer an schnödem Mammon bringen will. Und wir sind überzeugt, daß diese „Bürger" es in der Stille ihres Herzens entrüstet von sich weisen, zu den Vertreibern der Kappisten gezählt zu werden.

Wir aber müssen daran festhalten, daß die Arbeiterschaft ein Recht hat, die Bezahlung der Streiktage zu fordern, und wir hoffen, daß die Regierung dieser unwürdigen Erscheinung solcher elenden Drückebergerei bald und energisch ein Ende macht, indem sie den Unternehmern die Bezahlung der Streiktage durch Verordnung zur Pflicht macht. Auch hier bietet sich eine Gelegenheit, einen gemeinschädlichen Terror zu bekämpfen. Einige faule Köppe unter den Unternehmern reden sich auf die „Notlage der Industrie" hinaus, um sich vor der Bezahlung der Streiktage zu drücken. Auch gegen diese Ausrede wüßten wir ein Mittel: man gebe diesen Leuten anheim, ihre „Notlage" einer in geeigneter Weise zusammengesetzten Regierungskommission dokumentarisch darzulegen. Wir glauben nicht, daß viele diesen Schritt wagen werden.

Der gelbe Eisenbahnerverband und der Generalstreik.

In dem Augenblick, als die Kapp und Lüttwitz von dannen gezogen waren, um nach vollendetem Bankrott ihres hochverräterischen Putsches ihr Leben und ihre Freiheit in Sicherheit zu bringen, ergriff, wie in alter Erinnerung ist, Herr Schiffer das Ruder der Staatsgeschäfte. Seine ersten Amtshandlungen waren die Einsetzung des Herrn von Seeckt und die Aufforderung für Beendigung des Streiks. Gleichzeitig mit diesem widerrechtlich angemaßten Aufruf für Arbeit erschien eine Erklärung der Eisenbahnerverbände, daß der Generalausstand als beendet zu betrachten sei, unter dem auch die gefälschte Unterschrift des Vorsitzenden Kohnr des „Deutschen Eisenbahnerverbandes" zu lesen war.

Die neueste Ausgabe der „Eisenbahnerstimme", des Organs des Herrn Riedel und seines Verbandes, bringt neue ausführliche Erklärungen über diesen seltsamen Vorgang. Das Blatt schreibt, daß nach der Uebernahme der Staatsgeschäfte durch Herrn Schiffer sofort beschlossen worden sei, Nationalversammlung und Landesversammlung wieder nach Berlin einzuberufen und die Neuwahlen spätestens im Juni stattfinden zu lassen. „Nachdem der Vizekanzler den Eisenbahnminister bevollmächtigt hatte," fährt das Blatt fort, „die entsprechenden Garantien hierfür den Gewerkschaften zusichern, erklärte die Generalstreikleitung der Eisenbahner am Mittwoch, den 17. März, abends 7 Uhr, den Generalstreik für abgebrochen. Sofort wurden Kurierlokomotiven und Diensttelegramme in Bewegung gesetzt, um in alle Teile Deutschlands die Nachricht gelangen zu lassen."

Womit die Getreuen des Herrn Riedel bekennen, daß sie nach der Wiederkehr des Herrn Schiffer nichts eiligeres zu tun hatten, als die stolze Front des Proletariats zu durchbrechen und jede weitere Ausnutzung des gewaltigen Streiks zugunsten der politischen Rechte der Arbeiterklasse zu verhindern. Es hat sich gezeigt, wie bedeutungslos dieser Akt der Untreue für den Ausgang des Kampfes war, denn das Absplittern eines Teiles der Eisenbahner vor Beendigung des Kampfes fand keine Beachtung.

Gleichwohl sind diese Leute ungewöhnlich stolz auf ihren Verrat. Die „Eisenbahnerstimme" preist diese Wendung der Bewegung. Noch ihr haben Herr Riedel und die Seinen ganz allein das politische Schicksal des deutschen Volkes gemeistert. Und gleich zweimal hintereinander, einmal gegen Kapp und das zweitemal gegen — den Bolschewismus. Gegen den Bolschewismus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der zur Fortführung des Generalstreiks aufrief. Dafür fordern sie Dank, und es mag sein, daß er nicht ausbleibt. Wenn wieder einmal die preußische Eisenbahnbureaukratie gegen Arbeiter- und Beamtenschaft vorgeht, dann wird sie sich vielleicht der willfährigen Eunuchen um Riedel dankbar erinnern. Auch bei den jüngsten Massenmaßregelungen in den Eisenbahnwerkstätten haben es ja die Vertrauensleute des sechsundzwanzigprozentigen „Deutschen Eisenbahnerverbandes" zu spüren bekommen, daß sie anders gewertet werden, als die Anhänger der „Eisenbahnerstimme". Anders allerdings wird der Dank ausfallen, den die Eisenbahner selbst Herrn Riedel und seinen Leuten zu gegebener Zeit abstatten dürften. Das Unerhörteste aber ist es, daß es die „Eisenbahnerstimme" wagt, Kohnr der Untreue zu beschuldigen, weil er die Teilnahme an dem Verrat der Gelben ablehnte und von der Zentralstreikleitung der Eisenbahner zurücktrat, die seinen Namen fälschlich unter ihren Aufruf zum Streikbruch gesetzt hatte.

Gewerkschaftliches.

Die Metalldrücker Berlins und Umgebung zum Generalstreik.

Eine gut besuchte Versammlung der Metalldrücker von Groß-Berlin nahm am Montag abend im Gewerkschaftshaus Stellung zur augenblicklichen Lage. Genosse Weyer sprach unter lebhaftem Beifall über den Generalstreik und die jetzige Lage.

In der Diskussion erklärte der in Berliner Arbeiterkreisen bekannte Rechtssozialist Watzipki, daß sich seine Partei in der Frage der Taktik umstellen müsse. Grundsätzlich aber stehe sie weiter auf dem Boden der formalen Demokratie. Er nahm das Offizierkorps in Schutz. Die armen schlecht besoldeten Leute seien nicht so wie die Arbeiter, die ihre Leiden gleich in alle Welt hinausposaunen, sondern ernst und still tun sie ihre Pflicht im Interesse der Republik. Schallende Heiterkeit war der Lohn, den die Versammlung dem Redner spendete. Genosse Himmelfahrt und der Referent blieben ihm die Antwort nicht schuldig.

Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel Groß-Berlin haben bisher noch zu keinem Resultat geführt. Die Arbeitgeber verhalten sich den Forderungen der Angestellten gegenüber durchaus ablehnend, vor allen Dingen lehnen sie das Mitbestimmungsrecht glatt ab. Die Verhandlungen nehmen heute ihren Fortgang und die Angestellten des gesamten Einzelhandels werden in einer heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, stattfindenden Mitgliederversammlung zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen.

Achtung! Siemenskonzern. Heute Mittwoch, den 31. März, abends 5 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute Gieleistraße im Tunnel. Die Bezirksleitung.

Achtung! Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser. Am Donnerstag, den 1. April, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12, Vertrauensmännerkonferenz.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
7½ Uhr: Götz von Berlichingen (Vorstell. d. Mass. Theaters.) 7½ Uhr: Der Liebestrank

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: Hoffnung auf Segen.

Opernhaus
Hoffmanns Erzählungen.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Der Marquis von Keith
Anfang 7 Uhr.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Frühlings Erwachen

Kammerspiele
7½ Uhr: Gabriel Schillings Flucht

Großes Schauspielhaus
Luftstraße
7½ Uhr: Der weiße Heiland.
(22. Abteilung. II. Abend.)

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7½ Uhr: König Nicolo
Don.: Schloß Wetterstein
Sonnabend: König Nicolo.

Komödienhaus
7½ Uhr: Der Herr
Minister
(Max Pallenberg)

Berliner Theater
7 Uhr: Der
letzte Walzer
(Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Waßmann)

Lessing - Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 U.: Wozzeck.
Die Rabenschwester
Sonnab.: 7½ Uhr: Pygmalion
Freitag: Geschlossen.

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendl. 7½ Uhr: **Menagerie**
(Adalbert, Götz, Haack, Koncchewska, Fischer, Morgan, Wallauer).

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Mia Werber a. G. in
Die kleine Hoheit

Trianon - Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich 8 Uhr: **FEMINA**
Sonnab. 4 U.: Max und Moritz.
Sonntag 4 Uhr:
Herrschaftl. Diener gesucht.

Residenz - Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke)
Täglich 8 Uhr:
Die Raschhoffs
von Herm. Sudermann.
Sonnab. 4 U.: Rotkäppchen
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Walhalla - Theater
7½ Uhr:
Die Csardasfürstin.

Rose - Theater
7½ Uhr: Der Fall Werkmann

Casino - Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr
Der neue Possenschlager
Ein alter Sünder
An allen Feiertagen
2 Vorstellungen
3½ Uhr: Ein alter Sünder
Nachm. 3½ Uhr: Onkel Moritz

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Theater am Halleschen Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Billettvorverk.
Vorv. 11–1 u. 4–6 Uhr

Circus Busch
Mittwoch, d. 31. März, 7½ U.
Gr. Vorstellung

Trotz Preissturz zahle:
Lagermetall kg bis 12,85 Mk.
Kupfer . . . kg bis 11,80 Mk.
Rotguß . . . kg bis 9,50 Mk.
Messing . . kg bis 7,60 Mk.
Blei . . . . kg bis 4,60 Mk.
Zink . . . . kg bis 3,50 Mk.
Tusche, Belle-Alliance-Str. 68
Langenbeckstr. 4, Ecke Dieper Str., u. Wilmersdf. Berchtesgad. Str. 15 a.

Aufbau und Werden.
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung.

Vortrag

im gr. Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses (Leipziger Str. 3).

Am Donnerstag, den 1. April, abends 7½ Uhr, spricht

Professor Dr. Paul Lensch

über

„Was wird nun aus der deutschen Arbeiterbewegung?“

Die Arbeiterschaft und deren Vertrauensleute werden um zahlreichen Besuch gebeten. Eintritt 50 Pfg.

Wir färben

gut! reell! billig! schnell!

In 3–5 Tagen

Radtke-Grundmann, Berlin S. 14
Dresdener Straße 34-35. Luisenhof
Moritzpl. 7328

Staunend billige Oster-Offerte
für fertige
Herren - Anzüge
solange Vorrat reicht.
Serie I Mark **412.50**
Serie II Mark **455.—**

Damen-Kleidung
vom Einfachsten bis z. Elegantesten sehr preiswert in größter Auswahl

B. FEDER
Brunnenstraße 1
direkt am Rosenthaler Platz.

Ziehung am 13. u. 14. April
Rote-Kreuz-Lotterie
Schönab. Zweigv. v. Rot. Kr.
[illegible]
Hauptgewinne
100000
50000
10000
Lose 3 M. Porto u. Liste 50 Pf. extra, in Lotteriegeschäft. u. durch
Lud. Müller & Co.
Berlin W., Werderscher Markt 10.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
C. Pelz
SO 36, Kottbuser Str. 3

Photoapparate Ankauf Tausch Verkauf
Photo - Steckelmann.
W. 9. Potsdamer Str. 135.

Ankauf Verkauf

Ladenkassen
Reparaturen
Farbbänder, Kohlepapier
Hans Bähr, Berlin, [illegible]

Möbel

der Jetztzeit entsprechend sehr preiswert
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
farbige Küchen, einzelne Möbel
Teilzahlung gestattet. Lieferung frei Haus
Liefere auch nach auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Straße 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Filiale: Badstrasse 47-48
(5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

Gardinen

Auslandsware, zu mäßigen Preisen noch vorrätig. Abgepaßte Scheibgardinen, Fenster 45 Mk. Moderne Künstlergarnituren (dreiteilig), vornehmste Ausführung von 100 bis 175 Mark und darüber. In einzelnen Stores und Tülldecken stets Gelegenheitskäufe. (Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.) Gardinenhaus
Herzig, Berlin, Dresdener Str. 124 I
am Kottbuser Tor.

Raucherdank!
gea. gesch., ermögl. in einig. Tagen d. Rauchen ganz od. teilw. zu unterlassen. Amtl. begutacht. Wirk. verbl. Vollst. unschädl. Tägl. Anerk. Ausk. ums.
Institut Englbrecht
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.

Fotoapparate
Prismengläser, Objektive
kauft, verkauft
Rosenthal Nachfg.
Pappelallee 3.

Offene Füße
Krampfadergeschwüre, auch veraltete schmerzhafte Wunden. Entzündung mit unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil laut vieler Erfolgsbericht. die echte „**Orindi-Salbe**“. Absol. milde, naturgem. Wirkung u. überaus wohltuend. 8,50 u. 8,75 M. Zur gleichzeitig. innerlich. Kur Reichels Salbaria-Blutreinigungspulver Sch. Mk. 7.—, 2 Sch. Mk. 8,75.
Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

Reinzinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Aluminium, Nickel, Weißmetall, Altzinngeschirr
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Metallschmelze Mariannenstraße 25,
Filiale: Skalitzer Str. 10,
an der Kottbuser Brücke. Telephon: Moritzplatz 15638 (Nebenanschluß). Größere Posten werden abgeholt. Sendungen von außerhalb werden **prompt** erledigt.

Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
G. Weissert, Invalidenstraße 147 I, Ecke Bergstraße.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-8. Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos.

Spezial - Behandlung
v. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, ganz veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Elektr. Durchleuchtung. Bestrahlungen. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. **Ärztliche Heilanstalt.**
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8. Sonntags 9-1.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil - Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Rosenthaler Platz. 9-1, 4-8. Sonnt. 10-1.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
Dr. med. Lommer. Sprechzeiten 10–1, 4–7½, S. 10–12.
Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)

Giftfreie Kuren ohne Berufsstörung bei tiefsten chronische Geschlechts-, Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, wo alles andere versagte
Natura-Institut. Ärztliche Leitung.
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).
Sprechstunde 10–1, 4–8 Sonntags 11–1.
Auch schriftliche Auskunft.

Verlangen Sie Dr. med. Ludwigs Broschüre über giftfreie Geschlechtsleiden für 1,60 Mk. in verschlossenem Umschlag vom Verlag J. Kämpfer, Berlin N. 4, Chausseestr 24a.

Zähne naturgetreu wie echte.
Friedenskautschuk, bestes Material, pro Zahn von 6.— Mark an. Keine Kriegsware.
Spezialität: Kronen von 50.— Mark an.
Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre.
Schonendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse. Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen sofort.
Max Fabian, Dentist
Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom Alexanderpl.

MÖBEL
gegen Bar und Teilzahlung
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke
größte Rücksicht! Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7, I. direkt am Weddingplatz.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

8-ung! 8-ung!
Infolge dringenden Bedarfs zahle für alte und zerbrochene

Gebisse

auch für Zähne in Kautschuk noch nie dagewesene Preise. Gleichzeitig findet bei mir der Ankauf von alten Gold-, Silber- und Platin-Gegenständen zu den höchsten Preisen statt.
Edelmetall - Einkaufsstelle
Hermann Müller
Berlin C 25, Alexanderstraße 9,
II. Hof, parterre rechts.
Zweigstelle: **Neue Friedrichstraße 96, 95.**
Kunden von auswärts erhalten Fahrvergütung.

Nur kein Neid!
Kupfer ▫ Messing
Reinzinn ▫ Blei
Alt. Zinngeschirre / Bierschlangen
Quecksilber
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Metallschmelze — Prinzessinnenstr. 17
neben Wertheim (Moritzplatz)
Größt. Post. extra Preise
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

An Alle!!!
Kupferleitungen, Dynamodrähte, Spulendraht, Kupferlitzen, Isolierrohr, **Elektromotoren**
sowie sämtliche
Installationsmaterialien
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Meigners, Alexanderstr. 30.
Telefon: Alexander 2174.

Achtung! Metalle! Aufheben!
Zahle für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. mehr wie Konkurrenz.
3 Ankaufsstellen:
Klempnerei Weißenburger Straße 11.
Kastanienallee 88. Köpenicker Straße 121a.

„Plasigo-Ankauf“
zahlt horrende Preise für
Platin, Silberbruch, Goldbruch
— **Lutherstraße 21.** —

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:

Der Metallarbeiter
Heinrich Hoffmann
Neukölln, Prinz-Handjery-Straße 5, am 26. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Der Arbeiter
Wilhelm Kleinschmidt
Liebenwalder Straße 31, am 26. d. Mts. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Schlosser
Alfred Kietzke
Föhrer Straße 12, am 27. d. Mts. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des St.-Johannes-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Der Schlosser
Wilhelm Praetsch
Buttmannstraße 15, am 27. d. Mts. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in Pankow, Wollankstraße, aus statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:

Der Mechaniker
Willi Tergisch
Baumschulenweg, Wohlgemuthstraße 10, am 19. d. Mts. infolge Unfall.

Der Gürtler
August Hübner
Oranienstraße 160, am 22. d. Mts.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hilfsarbeiter
Julius Henschel
am 28. d. M. im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Jakobi-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 99/105, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Müllkutscher
Georg Richter
von der Firma Lorberg, Weißensee, am 29. d. M. im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ehrenfriedhofes, Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt. — Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

U. S. P. D.
Sterbetafel!

Der Tod entriß uns folgende Genossen und Genossinnen:

18. Distrikt: 1. Abt. — Genossin **Gertrud Tischer**, Dänenstraße 19.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

15. Distrikt: (Bez. 207) — Genosse **Wilhelm Berteit** an Lungenkrankheit.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Kirchhofes Plötzensee aus statt.

Am 26. März starb nach schwerem Leiden unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der Arbeiter
Wilhelm Kleinschmidt.
Um stilles Beileid bitten im Namen der Hinterbliebenen
Familie Adolf Kleinschmidt.
Familie Rudolf Hoempler.
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 1. April, nachmittags ½3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Englische Zigaretten!
Dicke Türken, erstklassige deutsche Marken, extra billigste Tagespreise!
Winkler, Schmidstr. 30
Ecke Schäferstr. 7.

Danksagung.
Für die überreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, lieben Bruders
Willi Tergisch
unsern herzlichst. Dank
Baumschulenweg, den 29. März 1920.
Ida Tergisch und Gertrud Tergisch.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Weiß, Friedrichstr. 41 III, Ecke Zimmerstr.

Bettnässen.
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aeltestes bestbewährte ges. gesch. Methode.
Institut Englbrecht,
München R 481, Kapuzinerstr. 9.

Metall - Einkauf
Kaufe zu höchsten Tagespreisen sämtliche Alt-Metalle wie
Kupfer :: Messing
Blei :: Zink :: Zinn etc.
Metall-Einkaufs-Stelle
Süd-West,
Möckernstr. 73.
Tel. Nollendorf 1248.
Zur Beachtung für Verbraucher! Stelle jedes Quantum aller Alt-Metalle abzugeben.

Blei! Zinn!
Weißmetalle!
alle Legierungen, ferner: **Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel!** etc. **Quecksilber! Platinabfall! Gold- u. Silberbruch! Zahngebisse** etc. zu höchsten Tagespreis kauft
Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstraße 31
Alex. 4348.

Selbst Nerke staunt!
Denn ich zahle anerkannt alle Metalle denkbar höchste Preise. **Metallschmelze Schramm**, Oranienstr. 116.

Der Kapp-Putsch in den Parlamenten.

Deutsche Nationalversammlung.

Die politische Aussprache.

Sitzung vom Dienstag, 30. März.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt. Dazu liegt das gestern abend von uns im Wortlaut wiedergegebene Vertrauensvotum vor, das von 312 Abgeordneten unterschrieben ist.

Abg. **Düringer** (Dnat.): Wir haben im Verfassungsausschuß mitgearbeitet und immer betont, daß wir jede Gewaltanwendung ablehnen. Mein Urteil über den Putsch fasse ich dahin zusammen, daß Dummheit immer die größte Todsünde sei. (Hört! hört! rechts.) Möglich war ein solches Unternehmen überhaupt nur, weil die Mehrheitsparteien durch die Hinausschiebung der Wahlen schwere Schuld auf sich geladen haben. (Widerspruch bei der Mehrheit.) **Ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär sagte mir, die Regierung sei schon 10 Tage vor dem Putsch darüber unterrichtet gewesen.** (Hört! hört! rechts. Rufe links: Wer war das?) Warum hat dann die Regierung nicht die Fraktionen einberufen und Vorbeugungsmaßnahmen getroffen? Die Unterlassung solcher Maßnahmen läßt den Schluß zu, daß der Regierung die Entwicklung des Putsches nicht einmal unerwünscht war. (Rufe links: Unerhört! Große Unruhe bei den Abgg. der Mehrheit. — Präsident **Fehrenbach**: Wenn der Redner behauptet, der Regierung sei der Putsch nicht ungelegen gekommen, kann ich die Erregung des Hauses verstehen.) Ich habe keine positive Behauptung aufgestellt, aber als unser Hauptgeschäftsführer, von Lindeimer, schon 10 Tage vor dem Putsch den Geheimen Oberregierungsrat von Berger offiziell warnte, erklärte der ihm, **er sei darüber durchaus informiert.** (Lebhaftes Hört! hört!) Die am Putsch beteiligten Personen haben in unserer Partei keine Rolle gespielt.

Kapp ist der Sohn eines 48er Revolutionärs, seine Mutter ist Jüdin, er ist also erblich belastet. (Große Heiterkeit.) **Traub ist ein guter Mensch, aber ein schlechter Politiker.** (Heiterkeit.) Die Führer der Rechtsparteien haben gemeinsam mit dem Vizekanzler Schiffer, der deswegen ja auch abgesägt wurde, durch Verhandlungen großes Blutvergießen verhindert. (Heiterkeit.) Der Generalstreik ist ein verfassungswidriges Mittel. Der Putsch von links wäre auch ohne den Putsch von rechts gekommen. Der beste Schutz gegen solche Gewaltstreiche ist, daß Sie selbst streng verfassungsmäßig regieren. (Unruhe bei der Mehrheit.) Unser Volk braucht Ruhe und Ordnung. (Beifall rechts.)

Hier folgt die bereits in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichte Erklärung des Reichskanzlers Müller über die Lage im Ruhrgebiet.

Reichsminister des Innern **Koch**: Die aggressive Rede des Abg. Düringer lenkt die Schand nicht ab, die auf der Rechten namentlich auf ihrer Presse, und ihren hetzerischen Flugblättern ruht. Der Kasse, die hinter dem Putsch stand, muß klargemacht werden, daß sie sich ihre Stellung in Deutschland nur dann sichern kann, wenn sie zur Bescheidenheit, zur Arbeitsfreudigkeit und zum Dienst am Volke zurückkehrt. (Beifall.) Nach den ungeheuerlichen Vorgängen, die wir jetzt erlebt haben, ist es erforderlich, **ein Volksgericht abzuhalten über die Rechtsleute von rechts und links.** Die Deutschnationale Volkspartei spielt sich jetzt als der getreue Eckhart auf. Die Herren haben sich immer auf den Krieg glänzend verstanden, **aber von der Volksseele haben sie keine Ahnung.** (Sehr gut!)

Der Generalstreik war zur Niederkämpfung des Putsches notwendig, wäre er nicht von der Regierung proklamiert worden, dann hätte ihn das Volk gegen die Regierung geführt.

Die Rechte und alle zweifelhaften Elemente sollen sich merken, daß das Volk sich in jedem Falle zu dieser Abwehr vereinigen wird, wenn ein solcher Putsch gegen die Mehrheit des Volkes versucht wird. (Beifall.) Unsere Mitbürger im Süden und Westen haben es satt, sich durch den Osten in immer neue Schwierigkeiten und Unruhen hineinreißen zu lassen. Der Osten muß aus dem demokratischen Bürgersinn des Westens und Südens lernen. (Sehr gut!) Im Ruhrgebiet waren viele Rechtsanwälte vom Zentrum und den Demokraten Kompagnieführer der bewaffneten Arbeiter. Wenn jetzt von der Rechten zur Sammlung gegen den Bolschewismus gerufen wird, so muß ich erklären, daß wir stärker sind ohne diese Kompromittierung als mit ihnen. (Beifall.) Ich rufe alle Elemente zu ruhiger besonnener Arbeit auf, die die Freiheit und Ordnung der Willkür und Unordnung vorziehen. (Beifall.)

Abg. **Leicht** (D. Vp.): Wir bedauern den Putsch von rechts, der unser ganzes wirtschaftliches Leben wieder erschüttert hat, das eben Anläufe zur Gesundung nahm.

Abg. **Wels** (Soz.): Am 4. März schon haben die Fraktionsführer der Rechten mit Lüttwitz verhandelt, um ihn von der Absicht des Putsches abzubringen. Es ist kennzeichnend, daß diese Aktion keine Veranlassung gab, hier im Reichstag auf die drohende Gefahr hinzuweisen, und jetzt stellen sich die Parteien hin und klagen, daß die Regierung hier keine Mitteilung machte. Herr Marchtl von der Deutschen Volkspartei war es, der am 27. Januar in einer Versammlung in Frankfurt gedroht hat, **daß die Nationalversammlung, wenn nicht bald Neuwahlen ausgeschrieben werden, mit Gewalt auseinander gesprengt würde, und daß dann der Bürgerkrieg unvermeidlich sei.** Er hat ausdrücklich betont, daß er zu diesem Wort stehe. Aehnlich schreibt er in der „Täglichen Rundschau“ vom 2. März, daß alle zu Gebote stehenden Mittel angewandt würden, um Neuwahlen zu erzwingen. Die Rechte beruft sich immer auf den 9. November. Damals aber wurden unsere Parteimitglieder vom Prinzen Max aufgefordert, zu retten, was noch zu retten war. Die sozialdemokratische Partei war es, die sich in jenen schweren Tagen in die Bresche geworfen hat, um das deutsche Volk aus dem Elend der Niederlage herauszuführen. Wo waren da die Herren von rechts? Sie waren ausgerissen oder hatten sich in ihren Schlössern verkrochen. (Sehr richtig bei den Mehrheit. Lärm rechts.) Daß die Rechte keine Fraktionsbeschlüsse und Protokolle über die Putschvorbereitungen hat, glaube ich gerne. Aber Herr von Gräfe spricht und hetzt noch in den Spalten seiner Zeitung vom reinen Idealismus — meine Herren! — wenn Sie dieser Meinung sind, warum schütteln Sie dann diese „reinen Idealisten“ von sich ab. **Am 13. März hat Herr Hergt eine Aussprache mit einem meiner Parteifreunde gehabt und hat dort erklärt, daß er, wenn er auch den Putsch nicht billigen könne, sich auf den Boden der Tatsachen stellen müsse.** Ja, wenn der Putsch gelungen wäre, hätten Sie (zur Rechten) es alle so gemacht. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Vorbereitung des Putsches war von langer Hand geschehen. Ich stelle fest, daß Herr Kapp schon im Juli 1919 mit Generalstäblern in Danzig Fühlung nahm, um ein Vorgehen gegen die Regierung, damals wegen der Unterzeichnung des Friedens, herbeizuführen. Oberst Heye hat ihm damals eine unzweideutige Ablehnung gegeben. Und seit jener Zeit suchte Kapp, der stets in schriftlichem Verkehr mit Ludendorff und Tirpitz gestanden hat, einen General, der die Sache übernimmt. Er beklagte sich bitter über die Schlappheit der Generale, die nicht mitmachen wollten, und sagte, es müsse rücksichtslos vorgegangen werden, auch wenn es Blut kostet. (Hört! Hört!) **Den Prinzen Heinrich lehnte er ab. Der war Herrn Kapp zu dämlich.** (Heiterkeit.) Die Herren von der Rechten hielten sich schön im Hinterhalt, um sich dann in das gemachte Bett zu legen. Die Leute vom Pommerschen Landbund, die den Baltikumlumpen Unterkunft gewährten und gewähren, wollen Sie (zur Rechten) die auch ablehnen? Gehören die nicht zu Ihrer Partei? (Zuruf rechts: Nein! — Heiterkeit bei der Mehrheit.) Mir ist jeder Kommunist, der zu seiner Sache steht, tausendmal lieber als diese feigen Deutschnationalen. **Wir fordern die sofortige Auflösung der Zeitfreiwilligen, die ganz besonders im Dienste dieser Rebellen gewütet haben.**

Zur selben Zeit, als die hochverräterischen Offiziere an der Siegessäule die Ergreifung der Macht verkündeten, hat unsere Parteileitung die Aufforderung zum Generalstreik in das ganze Land ergehen lassen. (Bravo!) Herrn Henke sei es gesagt, daß dieser Aufruf gerade von der S. P. D. erfolgte, weil die Unabhängigen ihn nicht sofort unterschrieben. Wir waren mit unserem Parteigenossen Noske in manchen Fragen verschiedener Meinung, aber wir wissen und erkennen es an, daß er ehrlich bemüht war, den Wiederaufbau des Reiches zu gewährleisten. Das Amt des Reichswehrministers war gerade nach jenen Januar- und Märztagen 1919 ein opfervolles, dornenvolles Amt, **und wir müssen Noske, wenn er sich auch in Personen getäuscht hat, den Dank unserer Fraktion aussprechen.** (Beifall.) Wenn Herr Henke fragt, warum ich nicht Reichswehrminister geworden bin, so bedauert er wohl am meisten, daß er jetzt nicht mehr jeden Uebergriff eines Offiziers zu einem Angriff gegen meine Partei ausnutzen kann. Vom Bolschewismus wollen auch die Unabhängigen nichts wissen. Mir liegt ein Telegramm des Genossen Severing vor, daß der Unabhängige Ernst aus Hagen berichtet, daß eine Konferenz der Waffenführer im Ruhrgebiet beschlossen hat, sich mit Waffen auch gegen die Gewalt von ganz links zu wenden. Ein anderes Telegramm berichtet ähnliches. Das Ausland wird aus der Niederwerfung dieses Putsches die Lehre ziehen, daß die Zeit des Militarismus und der Monarchie für immer in Deutschland vorbei ist, daß man aus einem solchen Putsch zwar die Dicke des Geldbeutels sehen kann, der dahinter steckt, nicht aber die Stimmung des deutschen Volkes. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) **Ohne die Koalition gibt es in der deutschen Republik keine tragfähige Mehrheit.** Die breite Masse des Volkes, darüber sind wir uns klar, steht weiter links, als das Kabinett es erschöpflich macht; die Wahlen werden wir hoffentlich der Nationalversammlung entsprechend ändern. Ich bedauere es unendlich, daß die Unabhängigen nicht in die Regierung eingetreten sind; denn mit den Leitsätzen des Zentralkomitees der Unabhängigen Partei sind wir vollkommen einverstanden. (Hört! Hört! rechts. Sehr richtig bei den Soz.)

Es besteht also tatsächlich vom rechten Flügel bis zum Zentralkomitee der unabhängigen Partei eine programmatische Einheitsfront. (Frau Zietz widerspricht.) Auch wenn einzelne Führer das nicht zugeben wollen. Auch die Weigerung der Unabhängigen, mit bürgerlichen Ministern zusammenzusitzen, ist kein so unbedingtes Nein, als es scheint. Denn die Idee der Arbeiterregierung, wie sie doch schon bei den Gewerkschaften gegeben ist, ist auch für die bürgerlichen Parteien durchaus diskutabel. „Arbeiterregierung“ war dies Wort, ausgehend von dem Gedanken, daß es in der jetzigen Zeit ganz besonders darauf ankommt, die Arbeiter, Hand- und Kopfarbeiter, mit Vertrauen zu erfüllen. **Dieser Weg darf nicht verschüttet werden. Sich dagegen sträuben, heißt sich gegen die Lehren der Geschichte wie ein unvernünftiges Kind wehren.** (Sehr wahr!) Schon heute ist die Möglichkeit einer solchen Regierung gegeben, und wir wollen daran arbeiten, daß dem in Bälde so wird. Möge aus den Wahlen eine solche Regierung von Hand- und Kopfarbeitern auf republikanischem, demokratischem Boden hervorgehen. Dann haben wir sichtbar jene Einheitsfront, die heute schon besteht, mit der einzig richtigen Parole: der Feind steht rechts. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Herren von der Rechten können mit Engelzungen reden und überzeugen doch niemand, daß sie nicht schuld sind an den Vorgängen des Märzputsches. Wenn Sie (zur Rechten) den Krieg wollen, dann sollen Sie ihn haben bis aufs Messer. (Zuruf rechts: Aufhetzer! Lebhafte Unruhe.) **Bis der von Ihnen gezüchtigte Militarismus niedergerungen ist.**

Wir können die Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht auf unser Programm schreiben, weil wir Sozialdemokraten gegen jeden Militarismus sind, also auch gegen den proletarischen Militarismus.

Wir wollen die Waffen vernichten, nicht sie in andere Hände geben. Die Rechte aber zwingt uns nicht, von diesem Geist für eine Zeitlang abzugehen, der Ausgang des Kampfes ist nicht zweifelhaft. Die Regierung muß mit fester Hand durchgreifen, um dem sinnlosen Wüten einzelner Truppenkommandeure ein Ende zu machen, die heute noch sich gebärden, als ob sie die Herren über Leben und Tod aller Zivilisten wären. (Sehr richtig.) Die Sondergerichtsurteile müssen annulliert werden, Straffreiheit muß allen Vergehen gewährt werden, die im Kampf gegen die Kapp-Regierung begangen wurden. Es ist unmöglich, die Fäden dort anzuknüpfen, wo sie am 13. rissen. Ein Neues muß werden und unter unserer Parole werden wir in den Wahlkampf und in den Sieg gehen. Gegen Waffengewalt, für die friedliche Arbeit, gegen jeden Putsch, für die Demokratie, für den Sozialismus. (Lebhafter sich wiederholender Beifall bei den Soz.)

Präsident **Fehrenbach** bittet im Interesse der Erledigung der Tagesordnung die folgenden Redner, sich der Kürze zu befleißigen.

Abg. **Behrens** (Dnat. Vp.): Der Abg. Wels hat eine Reihe von unbewiesenen Behauptungen aufgestellt. Privatgespräche, die unter vier Augen geführt wurden, dürfen nicht als Beweise angeführt werden. **Kapp hat durchaus keinen Einfluß auf die Deutschnationale Volkspartei gehabt.** Als der Generalstreik wirksam wurde, war der Kapp-Putsch bereits erledigt; aber man trat der Diktatur Legien mit den Forderungen der Gewerkschaften auf. Die Verstaatlichung des Kohlen- und Kalibergbaues ist nicht so dringend, daß sie noch vor Ostern erledigt werden müßte.

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vp.): General von Seeckt hat zugegeben, daß er die Regierung gewarnt habe, aber zu den notwendigsten Maßnahmen habe man sich nicht entschließen können. (Hört! Hört!) Einen Generalstreik als politisches Mittel weisen wir ab.

---

13) **Der Sternsteinhof.**

Roman von Ludwig Anzengruber.

Der Bursche tat einen leisen Pfiff. „Die ist 'n bissel hoffahrig, scheint mir.“

„Mir schon auch,“ meinte die alte Kathel.

„Aber gleichwohl sauber, das muß ich schon sagen.“

„Sie ist 'n Kleebinder Muckerl sein Schatz.“

„'m Holzmandel-Macher?“

„'m selb'n.“

„So.“

Als Helene in der Hütte unten anlangte, keifte die alte Zinshoferin: „Wo streichst du denn schon herum in aller Früh?“

„Af'n Hof oben war ich. Ich muß gestern dort ein Ohrring verstreut hab'n. —“

„Bah, du Gans, schau ein andermal doch lieber vorerst ordentlich im Haus nach, eh' d' nach allen Enden auskaufst. Dein' Ohrring liegt in der Tischlad', grad vorhin hab' ich's g'seh'n.“

„Jesses, nein, was ich für ein verlorenes*) Ding bin! Freilich, da ist's. Na, da bin ich froh. Hätt' mir 'n Gang und die Angst darum ersparen können.“

Sie tat einen scheuen Blick nach der Mutter und lächelte, als diese ihr den Rücken kehrte, vor sich hin.

Es war nach dem Mittagessen, als der Toni vom Sternsteinhof, nach dem er in der Küche seine Pfeife in Brand gesetzt, ins Freie trat und langsam quer über die große Wiese hinab zu gehen begann; einem andern hätte es übel bekommen können, das liebe Gras so in den Boden zu treten, wer aber wollte es ihm wehren, dem künftigen Eigner? Nicht einmal der gegenwärtige, sein Vater, hätte ihn darüber vor den Leuten grob anlassen mögen und einen „Rüppler“ hinterher unter vier Augen scheute der Bursche um so weniger, als es dabei bisher noch immer — und um ganz anderer Streiche willen — ganz glimpflich abgelaufen war. Der Alte tat sich allerdings auf seine Strenge etwas zugute, aber wenn ihn im Tun und Lassen seines „Einzigen“, auf den er stolz war, etwas mißfiel, so begüngte er sich, seine Ueberlegenheit dadurch zu zeigen, daß er mit lautem Geschrei und Poltern das Unvernünftige, Unschickliche oder Unwirtschaftliche des Geplanten, Geschehenen oder Unterbliebenen aufwies, bis ihm der Atem oder der Faden der Rede ausging, der Junge hatte dabei nur demütig zuzuhören und das war er gern zufrieden.

Toni hatte etwa zwei Drittteile des Weges, hinab zum Rande des Baches, zurückgelegt, als er die Türe der letzten Hütte da unten sich öffnen und Helene heraustreten sah. Die Dirne schwenkte ein Wäschestück in der Hand und setzte vorsichtig Fuß vor Fuß in die Tapsen früherer Tritte, welche wie Stufen an das Wasser hinabführten, dort bückte sie sich, senkte den vollen Arm in das Gerinne und wusch das Leinenzeug.

Bei dem Erscheinen des Mädchens kniff der Bursche die Augen zusammen und zog den Mund breit. Er setzte langsam seinen Weg fort, bis er am Rande des Baches, zwischen zwei verkrüppelten Weiden, der Wäscherin gerade gegenüber stand. „Pst! Pst!“ machte er.

Die Dirne fuhr mit einem Schrei empor und da sie beide Hände mit ausgespreiteten Fingern, etwas unter dem Halse, gegen ihre volle Brust drückte, so entglitt ihr das Wäschestück, sie fand eben noch Zeit, mit einer Fußspitze darauf zu treten, damit es nicht fortschwimmen könne.

„Jesses, was du mich aber erschreckt hast,“ sagte sie leise.

Wieder spielte um den Mund des Burschen ein spöttisches Lächeln, verflog aber schnell und er sagte, ebenfalls leise, im Tone neckender Vertraulichkeit: „Geh' zu, wo du da d'Wiesen, wie breit sie liegt, vor 'n Augen hast, sichst mich schon a Weil' da heruntersteig'n.“

Die Dirne zog die Brauen zusammen und biß auf die Unterlippe, während sie sich rasch zum Wasser niederbeugte.

Nach einer Weile sagte er: „Du, ich hätt' mit dir wohl was z'reden.“

Sie schwenkte hastig das Linnen, dann faßte sie es mit beiden Händen, drehte es zusammen und rang es aus, dabei hatte sie sich erhoben, aber erst als sie damit fertig war, kehrte sie ihr hochgerötetes Gesicht dem Burschen zu und sagte hart und rauh: „Ich wüßt' nit', was du mir zu sagen hättest und bin auch gar nit neugierig.“ Sie wandte sich zum Gehen.

„Laß 's bleiben,“ murrte der oben und schwenkte um und unter dieser Bewegung glaubte er wahrzunehmen, daß die Dirne an der Türe der Hütte, über ihre Achsel weg, ihm lachend nachblickte, das bewog ihn, auch den Kopf zu drehen, aber er begegnete nur ihren großen, herausfordernd abgünstigen Augen und stieg verdrossen, den Hut im Nacken, die Händ' in den Hosentaschen, spreitbeinig den Weg hinan, den er herabgekommen war.

Wenn auf dem langen Tische in der Gesindestube des Sternsteinhofes die Schüsseln dampften, so trat der Bauer hinzu und sprach mit lauter Stimme das Tischgebet, Knechte und Mägde murmelten es nach, dann setzte er sich, langte paarmal mit dem Löffel, Vorkostens halber, nach dem Aufgetragenen, was den andern das Zeichen gab, sich, wie sie dem Rang nach in der Reihe saßen, die Teller voll zu schöpfen oder zu häufeln. Während die Dienstleute aßen, spielte der Bauer mit dem Löffel, beobachtete, ob nicht einer oder eine ein „heikles“ Gesicht machte und richtete an einzelne kurze Fragen und Reden, zum Schlusse sprach er die Danksagung und ging mit Toni in die reiche Stube hinauf, wo sich's beide an einem sorgfältiger bestellten Tische wohl sein ließen, wie ihnen zukam, da sie es ja doch nach unseres lieben Herrgotts unstreitigem Willen besser auf der Welt haben sollten wie andere Leute.

Abends nach der Mahlzeit, wenn die alte Kathel das Tischgeräte weggetragen hatte, blieben Vater und Sohn ungestört.

Der Sternsteinhof-Bauer war, trotz er mit etwas vorgebeugten Schultern ging und saß, einen halben Kopf größer wie sein Bub, auch hatte er einen beträchtlichen Leibesumfang und auf einem Stiernacken trug er den großen Kopf, mit der niederen breiten Stirne. Ueber den Hängebacken blinzten kleine, graue, bewegliche Augen, beschattet von dichten Brauen, braun wie das kurzgeschorene Haar und der Backenbart, welcher vom oberen Rande der Ohren bis zu deren Läppchen reichte, eine knollige Nase ragte über einen Mund mit dicken, wulstigen Lippen, zwischen denen er den Atem schnaufend einsog und die Laute dröhnend hervorstieß.

Den Toni beschäftigte die Frage, ob wohl der Alte um seinen Wiesenfrevel wisse? Er sollte darüber nicht lange im Unklaren bleiben.

(Fortsetzung folgt.)

*) Verloren d. i. in Gedanken, zerstreut sein.

Herr Legien sprach so gestern als Diktator dieser Regierung, die er nur duldet, solange sie den neun Punkten der Gewerkschaften zustimmt. Das gewaltige kommunistische Feuer im Westen beleuchtet mit erschreckender Deutlichkeit die Entwickelung, die dem deutschen Volke droht. (Hu! Hu!) Wir wollen kämpfen für Ordnung und Aufrechterhaltung der Verfassung.

Reichsminister Koch: Die Herren sind am Sonntag zu Verhandlungen bereit gewesen, nicht aber am Sonnabend, als die Gefahr zu groß war. Daß die Frage der Wahlverschiebung mit dem Putsch nicht das geringste zu tun hat, gibt Herr von Lüttwitz in einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung" selbst zu. Die Regierung hat Berlin erst verlassen, als die militärische Lage unhaltbar war. Faktisch haben wir durch unsere Haltung den Sieg errungen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Seeger (U. Soz.):

Die Redner beginnen jetzt schon mit dem Wettlauf um die Wähler. Wir können darauf verzichten. Abg. Hugo vergißt, daß hinter den Gewerkschaftsleitungen 12 Millionen stehen, die das schaffende Deutschland darstellen. Wenn dieses schaffende Deutschland durch seine Vertreter einen Einfluß auf die Regierung ausübt, so ist das nicht verfassungswidrig, sondern sehr zweckmäßig. Gerade die Kapitalisten in der Partei des Abg. Hugo haben die Regierung immer als ihren Ausschuß betrachtet. (Sehr wahr! links.) Die Landwirtschaft entdeckt ihr Interesse für das Allgemeinwohl immer nur, wenn die Preise erhöht werden. **An den Unruhen im Ruhrgebiet sind die Hauptschuldigen die Regierung und der General von Watter.** Die Regierung hat ihre Versprechungen nicht gehalten, sonst hätte sie das reaktionäre Militärnest in Münster längst ausrotten müssen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Zur Verstärkung gegen das Ruhrgebiet werden in süddeutschen Blättern, angeblich im Auftrag der Reichswehr, dieselben Zeitfreiwilligen geworben, deren Formationen man angeblich auflösen will. (Hört! Hört! b. d. U. S.) Die ganze Art, wie der neue Reichskanzler gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes Stimmung gemacht hat, beweist, daß man mit brutaler Gewalt die Arbeiter niederschlagen will. Das Militär hat in keinem Fall die Vereinbarungen mit den Arbeitern gehalten. Man hat die Arbeiter viehisch gepeinigt und standrechtlich erschossen. Wenn die Regierung gegen die Rechte ebenso brutal und gewaltsam vorgegangen wäre wie gegen die kämpfenden Arbeiter, dann hätten wir keinen Kapp-Putsch gehabt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Die Regierung war längst von dem bevorstehenden Putsch unterrichtet, sogar durch eine Warnung der englischen Regierung, wie Bauer ja später selbst zugegeben hat.

Und Lüttwitz, der noch zwei Tage vorher der Regierung seine Putschabsicht mitteilte, wurde nicht verhaftet, sondern hat als Unterhändler sogar solche Offiziere benutzt, die zu ihm überliefen. Dann ist die Regierung ausgerissen, ohne Widerstand zu leisten. Nur die Furcht vor der Arbeiterschaft hat weite Kreise des Bürgertums vom Anschluß an Kapp abgehalten. **Jetzt hat man ein Koalitionsministerium, das ebenso ohnmächtig ist wie das frühere.** Der Abg. Legien irrt sich, wenn er sagt, die organisierte Arbeiterschaft bringe der Regierung Vertrauen entgegen. **Nein! die Arbeiterschaft wartet wachsam die Taten der Regierung ab.** Nur solange sie die Waffen in der Hand hat, ist sie geschützt gegen den Terror der Militaristen. Die jetzt noch im Amt befindlichen Generale sind von dem gleichen Kaliber wie die davongejagten. Der Oberbefehlshaber von Leipzig, General Senfft von Pilsach, hat aus eigener Machtvollkommenheit den von der Regierung aufgehobenen Belagerungszustand wieder verhängt. (Hört! hört! bei den U. Soz.) Wir glauben nicht an den guten Willen der Regierung, denn sie hat den berüchtigten Herrn von Berger als Staatskommissar nach Dresden geschickt. (Hört! hört!) Das ganze Gerede des Abg. Legien fällt zusammen, da ja die Regierung die Vereinbarungen für den Abbruch des Generalstreiks gar nicht anerkennt.

Auch beim Reichswehrministerium haben nur die Personen gewechselt, nicht das System. In vielen Bezirken sind die Teilnehmer am Generalstreik von der sogenannten treuen Soldateska ins Gefängnis geschleppt worden. (Hört! hört!) Da ohne die Bewaffnung der Arbeiter keine Ruhe in Deutschland einkehrt, rufen wir den Arbeitern zu: **„Behaltet eure Waffen, bis euch endlich euer Recht wird!"** (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Ziegler (Dem.): Die Unterstellungen des Abg. Hugo, die zum Teil Verleumdungen sind, weisen wir zurück. (Unruhe rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.): Ich habe vorher von dem Putsch nichts gewußt, konnte ihn also auch am 9. März hier noch nicht erwähnen.

Abg. Dr. Haas (Dem.): **Die Universitäten, die ein Hort der Rechten geworden sind, bedeuten heute eine Gefahrenquelle für den Staat.** Wir wollen wirkliche akademische Freiheit.

Abg. von Gräfe (Dnat. Vp.): Ich schüttele Traub nicht ab; denn ich weiß, was Traub dem deutschen Volke gewesen ist. (Lachen links.) Herr Traub ist mutiger als die alte Regierung, die in acht Autos verduftete. (Unruhe links.)

Abg. Wels (Soz.): Der Vorwurf, daß die Regierung ausgerissen sei, ist unhaltbar, dumm und lächerlich. Gerade Herr von Gräfe ist am 9. November 1918 schleunigst aus Berlin geflohen. (Heiterkeit links.)

Abg. von Gräfe (Dnat. Vp.) erklärt diese Behauptung für unrichtig, er habe sich damals noch mehrere Tage im Reichstagsgebäude aufgehalten und habe sich trotz aller Gefahr öffentlich in seiner Heimat gezeigt.

Demgegenüber bleibt Abg. Wels bei seiner Behauptung stehen und weist darauf hin, daß damals viele Herren von der Rechten dem Beispiel des Kaisers gefolgt seien. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Wir haben unseren ersten Aufruf zum Kapp-Putsch nicht verleugnet. Wir haben in einem zweiten Aufruf nur etwas deutlicher zu den Dingen Stellung genommen. (Lachen links.)

Annahme des Vertrauensvotums.

In der Abstimmung wird der Vertrauensantrag der Mehrheitsparteien gegen Deutsch-Nationale, Deutsche Volkspartei und Unabhängige angenommen. Gegen die anderen Teile des Vertrauensvotums stimmen nur die Deutsch-Nationalen.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag wird abgelehnt.

Die Gesetze zur Aenderung der Konsulatsgebühren, zur Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, über die Tilgung von Strafvermerken, über die Reichswehr, über die Durchführung des Einkommensteuergesetzes werden in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Notetat. Die Vorlage über die Aenderung des Gesetzes über die Wochenhilfe wird einem Ausschuß überwiesen. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und das Reichswahlgesetz gehen an den Verfassungsausschuß.

Ohne Aussprache angenommen wird ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag auf Erhöhung der Tagegelder.

Gegen einen Antrag der Sozialdemokraten, wonach die Regierung auf die Unternehmer einwirken soll, daß die Streiktage bezahlt werden, erhebt die Rechte Einspruch, so daß er nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. (Große Unruhe links.)

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Aburteilung der Hochverräter des März-Putsches durch die bürgerlichen Gerichte.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Nat.): erklärt sich aus Verfassungsbedenken dagegen, obgleich er materiell gegen den Gesetzentwurf nichts einwende.

Unterstaatssekretär Joel und Abg. Beyerle (Zentr.) erklären die Rechtsauffassung des Vorredners für irrig.

Abg. Cohn (U. Soz.): Wir stimmen dem Gesetz zu, obgleich wir eigentlich eine Aburteilung durch Volksgerichte verlangen. Von einem Verstoß gegen die Verfassung kann keine Rede sein. Den Reichswehrminister mache ich darauf aufmerksam, daß heute noch auf Befehl von höheren Truppenbefehlshabern Standgerichte tätig sind. In Adlershof sind kürzlich drei Leute von einem Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Standgerichte müssen schleunigst beseitigt werden.

Nachdem Graf Dohna (D. Vp.) sich der Auffassung Schulz-Bromberg angeschlossen hat, wird der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen angenommen.

Aufheben der Immunität für Traub.

Es folgt der Bericht über das Ersuchen des Oberreichsanwaltes auf Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Traub wegen Teilnahme an einem Versuch zur gewaltsamen Aenderung der Reichsverfassung.

Abg. Haas (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Nach Pressenachrichten soll Traub sich der sog. Regierung Kapp insbesondere als Presse- und Propagandachef zur Verfügung gestellt haben. Der Ausschuß war in seiner Mehrheit der Meinung, daß das Material genüge, um zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Die Entscheidung über den Hochverrat ist Sache des Gerichtes. Der Ausschuß war der Meinung, daß die Anklage ernstlich gemeint ist. Es war zu prüfen, ob im vorliegenden Falle vom Grundsatz der Immunität abzuweichen sei, da die Immunität nicht das Recht eines einzelnen Abgeordneten, sondern des Reichstags und der Wähler sei. Der Reichstag hat wiederholt den Standpunkt vertreten, daß bei wichtigen Gründen von der Immunität abgewichen werden kann. Auf zwei Fälle wurde besonders hingewiesen. Auf den Fall Hasselmann und den Fall Liebknecht. Im Falle Liebknecht wurde die Immunität versagt, weil er auf dem Potsdamer Platz gerufen hatte: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Die Mehrheit des Ausschusses war der Meinung, daß hier ein schweres Vergehen gegen den Staat und die Interessen des Volkes vorliegt. Sie ließ sich von dem Gedanken leiten, daß Traub eine Regierung unterstützt hat, die die Nationalversammlung auseinandersprengen wollte. Es wäre merkwürdig, wenn ein Abgeordneter Immunität genießen sollte, nachdem er selbst gegen den Bestand der Nationalversammlung Stellung genommen hat. (Sehr richtig!) Da es außerdem unerträglich empfunden würde, wenn man Traub gewähren würde, was Liebknecht verweigert wurde, stellt die Mehrheit des Ausschusses den Antrag, dem Ersuchen des Oberreichsanwalts stattzugeben.

Abg. Warmuth (Dnat.): Der Antrag bedeutet einen vollständigen Bruch mit der alten Auffassung, daß bei politischen Delikten die Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten versagt werden soll, wie dies im Fall Geyer und Gandorfer, sowie Eichhorn, gehandhabt wurde. (Rufe links: Liebknecht.) Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß es sich im Falle Traub um eine Revanchepolitik handelt. Die Gerechtigkeit gebietet, gleichliegende Fälle in gleicher Weise zu behandeln. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Dohna (D. Vp.) betont, daß die Rechte sich keineswegs schützend vor die Kappverbrecher stellen wolle, daß sie aber nicht anzuerkennen vermöge, daß der Fall Traub anders liege wie der Fall Gandorfer.

Abg. Geyer-Leipzig (U. Soz.): Wir verurteilen den Kapp-Putsch ebenso wie die anderen Parteien. Andererseits muß aber die Immunität der Parlamente geschützt werden. **Die Fälle Liebknecht und Haffelmann sind keine Ehrenfälle des Reichstags. Die Nationalversammlung möge sich nicht in gleicher Weise beschmutzen.**

Abg. Thiele (Soz.): Der Fall Traub liegt ganz anders als alle früheren Fälle. Er ist bei Kapp geblieben, nachdem die Nationalversammlung von Kapp aufgelöst war. Traub hat also die Auflösung gebilligt, sein Mandat niedergelegt und sich damit selbst der Immunität begeben.

Damit schließt die Aussprache. In namentlicher Abstimmung wird die Genehmigung gegen die Rechtsparteien, die Unabhängigen und einige Demokraten mit 145 gegen 71 Stimmen bei sieben Enthaltungen erteilt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 14. April, 3 Uhr: Ausschußberichte, Filmgesetz.

Preußische Landesversammlung.

131. Sitzung, Dienstag, den 30. März.

Die neue Regierung stellt sich vor.

Präsident Leinert: Seit unserer letzten Sitzung hat sich Furchtbares in Deutschland ereignet. Am 13. März hat der Generallandschaftsdirektor Kapp unter Mitwirkung eidbrüchiger Offiziere mit meuternden Truppen sich in den Besitz der politischen Macht gesetzt. Er fand entschlossenen Widerstand bei Beamten, Arbeitern und Bürgern. Die Beamten versagten ihm die Mitarbeit, die Arbeiter traten in den Generalstreik, sie führten den größten politischen Kampf dieser Art ohne Unterschied der politischen Anschauung mit dem einheitlichen Willen zur Niederzwingung der reaktionären Emporkömmlinge. Im Lande fanden die verbrecherischen Putschisten offene und heimliche Anhänger namentlich bei der bewaffneten Macht. Das hatte zur unheilvollen Folge, daß auch Arbeiter und Bürger sich bewaffneten und der Bürgerkrieg entfesselt wurde. Dieser ist leider noch nicht beendet. In wenigen Tagen aber war die sogenannte Regierung Kapp am Widerstand des ganzen Volkes gescheitert. (Bravo! bei der Mehrheit.) Ich halte mich für verpflichtet, allen denen, die an dem Sturz der verbrecherischen Regierung Kapp mitgearbeitet haben, zu danken für die bewiesene Treue. Der Wille des Volkes zerschmetterte dies mal die Regierung der Hochverräter. Schnell und rücksichtslos und unbarmherzig muß aber auch die Bestrafung sein. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Nicht nur derer, die sich aktiv an diesem Verbrechen beteiligt haben, es muß auch Strafe diejenigen treffen, die die Tat heimlich unterstützt haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Mitgliedern der Landesversammlung ist von dem Führer der in unserem Hause untergebrachten meuternden Truppen der Eintritt mit Gewalt verweigert worden. Ich habe bereits Veranlassung genommen, gegen diesen Herrn Strafantrag zu stellen. (Beifall.) Wenn man das Unheil sieht, das dieses Verbrechen im Volke angerichtet hat, so erfüllt es jeden, der den Aufstieg des deutschen Volkes wünscht, mit tiefstem Schmerz. Tausende von Staatsbürgern stehen wieder an der Bahre und am Grabe der im Bürgerkrieg Gefallenen. Im Namen der Landesversammlung darf ich wohl allen Hinterbliebenen (die Versammlung erhebt sich von den Plätzen) die tiefempfundene Anteilnahme an ihrem Schmerz aussprechen. Ich stelle fest, daß die Landesversammlung sich zu Ehren der im Bürgerkrieg Gefallenen erhoben hat. Das geflossene Blut haben ganz allein diejenigen auf dem Gewissen, die durch ihren ekelhaften Machthunger das Volk in seinem Dasein bedroht haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) In den ungeheuren Schmerz über das entsetzliche Unheil, das gewissenlose Abenteurer über unser schwer leidendes Volk gebracht haben, mischt sich die bange Sorge, daß sich das Verbrechen wiederholen könnte. Und diese Sorge ist wohl auch in weiten Kreisen nicht als unbegründet anzusehen. (Sehr richtig! links.) Die Landesversammlung muß deshalb von der Staatsregierung fordern, daß sie die unbedingte Sicherheit schafft, daß dem Volke ein erneutes Aufleben der reaktionären Mächte erspart bleibt. Die Regierung wird dabei, das glaube ich sagen zu dürfen, die Unterstützung der Landesversammlung finden. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Regierung wird die Aufgabe haben, das Volk instandzusetzen, sich seiner friedlichen Tätigkeit widmen zu können, ohne von der Gefahr einer volksfeindlichen Gewalt bedroht zu werden. Möge es daher dem deutschen Volke gegeben sein, die Ruhe und die sittliche Kraft wiederzufinden, damit es diese Zeit der Greuel und der Verwüstung überwinden kann. Wir müssen alles daran setzen, unser Volk in Glück und Wohlergehen leben zu lassen. Das kann nur geschehen, wenn es bestrahlt ist von der Sonne der Freiheit in der freien Republik. Mit diesen Wünschen eröffne ich die heutige Sitzung. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Leinert macht ferner Mitteilung von der Neubildung des Kabinetts und verliest die neue Ministerliste.

(Bei Verlesung der Namen Oeser und Harnisch vernimmt man Hört!-Hört!-Rufe von der Seite der Unabhängigen.)

Präsident Leinert (schließend): Wenn ich nunmehr den ausscheidenden Mitgliedern den Dank der Versammlung (lebhafte Zurufe der Unabh.: Nein, nein!; Gegenrufe: Jawohl! Abg. Dr. Weyl (U. Soz.): **Die Demokraten müssen natürlich auch dabei sein, die die Mitschuld am Kapp-Putsch tragen!** — Entrüstete Gegenrufe der Demokraten: Gemeinheit!) . . . ich darf also im Namen der großen Mehrheit des Hauses sprechen, wenn ich den scheidenden Ministern danke. (Lebh. Beifall.) Ich hoffe, daß die Versammlung dem neuen Ministerium in seinem Bestreben, dem Volke zu dienen, Gefolgschaft leistet. (Beifall.)

Ministerpräsident Braun:

Ein Dolchstoß im Rücken traf das deutsche Volk, geführt von verbrecherischen Elementen und Irregeführten, die sich der schrecklichen Folgen ihres Tuns wohl kaum bewußt sein können. Hunderte kostbare Menschenleben sind wiederum vernichtet, unabsehbarer wirtschaftlicher Schaden ist angerichtet worden. Erlassen Sie es mir, den verbrecherischen Staatsstreich der Kapp und Konsorten in seinen einzelnen Phasen zu schildern, das ist bereits in der Nationalversammlung von berufener Seite geschehen.

Nur an der Frage kann ich nicht vorüber gehen: **Wem verdankt das Volk dieses neue Unglück?** Diese Frage muß mit aller Deutlichkeit beantwortet werden, weil die hochverräterischen Kreise, die dieses Verbrechen am deutschen Volke begangen haben, und ihre journalistischen Spießgesellen sich geflissentlich bemühen, die Spuren ihrer Schandtat zu verwischen und die Schuld Die preußische Staatsregierung hat das Menschenmögliche geleistet zur politischen Umgestaltung und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes.

Das Unheil, das erneut über unser Volk gekommen ist, verschuldeten die gleichen Kreise, die den unglückseligen Krieg in kriegshetzerischer Verblendung und getrieben von wahnwitziger Eroberungsgier bis zum Zusammenbruch geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) **Das sind vornehmlich jene durch die deutschnationale Partei vertretenen erzkonservativen Kreise Ostelbiens,** (Lebhafte Zustimmung.) **die es nicht verwinden können, daß ihre jahrhundertelange Vorherrschaft in Preußen und im Reiche nunmehr durch die Demokratie gebrochen ist.** (Stürmischer Beifall.)

Weite Kreise der deutschnationalen Partei waren in die Pläne der Putschisten eingeweiht. (Rufe rechts: Nein! — Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.) Prominente Führer der Partei haben aktiv oder sonstig fördernd um den Hochverrat mitgewirkt. (Lebhafte Zustimmung.) In einem Teil der deutschnationalen Presse wurde das Verbrechen Kapp und seiner Spießgesellen begrüßt. In einer Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei wurde die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit ausgesprochen. (Lebhaftes Hört, hört! — Abg. Rippel (Dnat. Vp.): Agitationsrede! — Große Unruhe.)

Auch nach dem Zusammenbruch des verbrecherischen Abenteuers wurden die Hochverräter und Eidbrüchigen im offiziellen Organ der Deutschnationalen Partei glorifiziert. Wenn jetzt, nachdem der klägliche Ausgang des Staatsstreichs und seine verhängnisvollen Folgen immer offenbarer werden, diese Partei von den Putschisten abrückt, dann nützt ihr das nichts. (Beifall.) In den Augen des Volkes ist sie gerichtet. (Lebh. Zustimmung.) Die Deutschnationalen werden das Kainszeichen des von ihren Parteigängern erneut entfesselten Brudermordes nie wieder los. (Sehr wahr!)

Nun stehen wir wieder vor einem Trümmerhaufen. Das Volk, das sich in seiner erdrückenden Mehrheit zum Schutze der Republik erhob, heischt gründliches Aufräumen. Und das mit Recht. Mit unerbittlicher Strenge muß und wird gegen die eingeschritten werden, die dieses neue Unglück über unser Volk und Land gebracht haben. (Lebh. Beifall.) Verständnisvolle Milde kann nur gegen die Irregeführten walten, die zu dem Staatsstreich mißbraucht wurden. Beamte, die sich bewußt in den Dienst des hochverräterischen Unternehmens gestellt, es gefördert und unterstützt haben, werden unnachsichtlich ausgemerzt. (Lebh. Beifall.) die der Republik und ihrer demokratischen Verfassung die Treue hielten, geschützt werden. Die Regierung wird sich auch nicht beirren lassen durch den Bolschewistenschreck, der jetzt von den Staatsstreichlern recht groß an die Wand gemalt wird. (Lebh. Sehr richtig!) Die, die ihn ausgelöst haben, möchten ihn jetzt benutzen, um von ihren Taten abzulenken, sich im Kampfe gegen den Linksbolschewismus wieder rehabilitieren.

Gewiß, auch dieser Kampf muß leider wieder geführt werden. **Wie die Rechtsbolschewisten, so müssen auch die Linksbolschewisten mit Nachdruck bekämpft werden.** Beide lagen sie auf der Lauer, jeden Augenblick bereit, der jungen Republik an die Gurgel zu springen, der demokratischen Verfassung den Garaus zu machen. Jeder wartete auf den Moment, wo der andere die Brandfackel erhob und sie in das friedliche Haus warf. (Sehr richtig!) Nun von den Kappisten der Brand entfacht, wollen auch die Spartakisten ihre Suppe an dem Feuer kochen, ihre Ziele durchsetzen, die gleichfalls auf die Diktatur einer gewalttätigen Minderheit gerichtet sind.

Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit lehnt diese Ziele ab und wird ihre Verwirklichung ebenso wie das Kappabenteuer zu vereiteln wissen. Noch brennt es in einzelnen Teilen unseres Landes; besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo das Herz unseres Wirtschaftslebens schlägt, stehen noch Arbeiter und Bürger, die sich zur Verteidigung der Verfassung erhoben hatten, unter Waffen. Ihnen rufe ich zu: **Legt die Waffen nieder! Die Republik und ihre demokratische Verfassung ist gesichert. Eure gute, gerechte Sache wird diskreditiert durch jene kommunistischen Elemente, die nicht das wollen, was ihr erstrebt, die ihren diktatorischen und eigennützigen Gelüsten bereits wüst die Zügel schießen lassen.** (Lebh. Beifall.) Die Demokratie, die sich erst siegreich gegen die Putschisten von rechts behauptet hat, kann sich nicht durch kommunistische Gewaltmenschen von links meucheln lassen. Wie tief die Demokratie bereits im deutschen Volke wurzelt, dafür haben die Tage des Kappaufstandes einen glänzenden Beweis erbracht.

Mit tiefer Trauer gedenke ich in Ehrfurcht der zahlreichen Kämpfer, die im Kampfe mit den Meuterern ihre Verfassungstreue mit dem Leben bezahlt haben. Den Hinterbliebenen spreche ich meine tiefgefühlte Teilnahme aus. (Beifall.) Den Dank des Landes spreche ich aus den Männern aus Bureau und Werkstatt, aus den Kontoren und Fabriksälen, aus Feld und Wald, die durch ihr mutvolles Auftreten unser unglückliches Land vor Schwererem bewahrt haben. Dank und Anerkennung gebührt vor allem auch den Beamten aller Grade, die treu ihrem Verfassungseid sich gegen das Kappgewaltregiment auflehnten und der verfassungsmäßigen Regierung die Treue bewahrt haben. (Lebh. Beifall.)

Das Regierungsprogramm.

Vor allem werden die Organe zur Wahrung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit an Haupt und Gliedern gründlich umgestaltet und allen gegenrevolutionären Einflüssen entrückt werden. Führer und Mannschaften muß fortan der eine Gedanke beseelen, daß ihre Aufgabe darin besteht, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu wahren, jeden Staatsbürger wie das republikanische Staats-

ganze und ... Verfassung gegen alle gewaltsamen Anschläge, von wo sie auch kommen mögen, zu schützen. Die ohnehin kritische Ernährungslage hat durch den Kapp-Putsch eine weitere fühlbare Verschlechterung erfahren. Rücksichtslos werden die vorhandenen Lebensmittel nunmehr erfaßt und dem Volke zugeführt werden müssen. (Gelächter rechts. — Große Unruhe.) Die Schieber und Wucherer, die der Kapp-Aera so freudig zujubelten, werden wirksamer als bislang gepackt werden müssen. Unser gequältes Volk muß von dieser Errungenschaft des Krieges, von dieser Pestbeule befreit werden. (Lebh. Zustimmung. — Große Unruhe rechts.)

Eine nachhaltige **Besserung unserer Volksernährung** und damit unserer Wirtschaftslage kann nur durch eine erhebliche **Steigerung der Produktion erzielt werden.** Sie muß daher mit allen zu Gebote stehenden Kräften angestrebt, der verhängnisvollen Neigung, zur extensiven Wirtschaft überzugehen, entgegengewirkt werden.

Um unsere Ernährung auf eine breitere und sichere Grundlage zu stellen, müssen nunmehr auch die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um großzügige Landeskultur zu treiben und für eine Aufteilung des übermäßigen Großgrundbesitzes und einer umfassenden ländlichen Siedlungstätigkeit die Bahn frei zu machen. (Lebh. anhaltender Beifall.)

Auch der Wohnungsfrage, die immer brennender wird, wird die Regierung ihre ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden. Gewaltige Mittel werden zu ihrer Lösung aufgewendet werden müssen.

Im Uebrigen steht die Regierung nach wie vor auf dem Boden des Programms, das in der Sitzung der Landesversammlung vom 25. März d. J. mein Herr Vorgänger vor Ihnen entwickelt und das Ihre Zustimmung gefunden hat.

Soweit es noch nicht verwirklicht ist, wird seine Durchführung mit Nachdruck betrieben werden. Fest und unerschütterlich auf dem Boden der Reichseinheit stehend, durchdrungen von der Notwendigkeit, das staatliche Gefüge Preußens zu festigen, werden wir die großen Reformen unserer verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Verhältnisse in die Bahn größerer Selbständigkeit der einzelnen Provinzen und Landesteile lenken. Erst wenn die Verfassung unseres Staatswesens in seinen verschiedensten Gliedern auf demokratische Grundlage gestellt sein wird, dann hat die verfassunggebende Landesversammlung ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. **Unverzüglich werden sodann die Wahlen zu einem neuen preußischen Parlament ausgeschrieben werden.**

Die deutsche Republik hat wieder einmal ihre Feuerprobe bestanden. Der tückische Anschlag jener reaktionären Kräfte, die das Unglück unseres Landes verschulden, ist glänzend abgeschlagen. Nun muß wieder Ruhe und werktätiges Schaffen in unserm Wirtschaftsleben zur Geltung kommen. In dem aufgezwungenen Kampfe für die Demokratie hat sich das deutsche Volk in allen seinen Schichten glänzend bewährt.

Jetzt gilt es wieder zu arbeiten für die Demokratie, die allein die Basis bietet, auf der sich unser Volk und Vaterland eine glücklichere Zukunft schmieden kann. (Lebh. anhaltender, wiederholter Beifall.)

Bevor in die Besprechung der Regierungserklärung eingetreten wurde, erledigte die Landesversammlung ohne Debatte folgende Vorlagen:

Der Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1919 wurde dem Hauptausschuß überwiesen; der Gesetzentwurf, betreffend die Unterbringung der Staatsbeamten und Lehrer aus den abgetretenen und besetzten Gebieten wurde in zweiter und dritter Lesung endgültig verabschiedet; der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Geestemünde passierte in allen drei Lesungen das Haus; der Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens Geestemünde wurde einstimmig und endgültig zugestimmt; die einstweilige Regelung der Staatshaushaltsausgaben für 1920 wurde dem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen; das gleiche geschah mit dem Antrag auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung.

Hierauf trat das Haus in die

Besprechung der Regierungserklärung

ein. Das Wort erhielt

Abg. **Wildermann** (Ztr.): Das Zentrum steht fest auf dem Boden der Verfassung. Wir befinden uns in der Verurteilung des Gewaltstreichs in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes. **Als christliche Volkspartei erkennen wir kein Recht zur Revolution an.** Nie hat die Zentrumspartei auf dem Standpunkt gewaltsamen Umsturzes gestanden, auch zur Zeit des Kulturkampfes nicht, wo wir schweres Unrecht erdulden mußten. Ebenso wie die Revolution vom November 1918, halten wir die vom März 1920 für ein Verbrechen.

Zwischen Kapp-Lüttwitz und den Führern der Roten Armee im Ruhrgebiet besteht kein grundsätzlicher Unterschied.

Beide erstreben eine Diktatur, die gegen den Geist der Demokratie verstößt.

Die neun Punkte der Gewerkschaften, namentlich aber der erste, verstoßen erheblich gegen die Verfassung.

Wir haben uns streng an die Verfassung gehalten. Ebenso müßten wir uns dagegen wenden, daß der Sicherheitsdienst von einem einzigen Stande, der organisierten Arbeiterschaft, übernommen würde. Die Bestimmung, daß die Grundbesitzer enteignet werden sollen, die ihrer Pflicht bezügl. Bodenbebauung und Ablieferung der Erzeugnisse nicht nachkommen, würde der Willkür Tür und Tor öffnen und die Landwirtschaft auf das schwerste erbittern. Durch den Putsch von rechts wird das Rauben, Morden und Plündern der Roten Armee nicht gerechtfertigt, und wir verlangen, daß das Ultimatum der Regierung rücksichtslos eingehalten wird. Wir bringen der neuen Regierung unser volles Vertrauen entgegen und sind bereit, mit ihr im alten Sinne zusammenzuarbeiten.

Die deutschnationalen Unschuldslämmel.

Abg. **Hergt** (Dnat. Vp.): Die Vorgänge sind so ernster Natur, daß sie auch hier besprochen werden müssen. Der Kapp-Putsch ist mehr historisch zu betrachten. Er war am 17. März erledigt, da er von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt war. (Lachen.) Mehr Beachtung verdient die andere Seite der Sache, die Herr Braun mit dem Schlagwort „Bolschewistenschreck" leichthin abzutun gedachte. Leider sind es keine Gespenster, sondern eine Gefahr sehr ernster Natur.

Völlig falsch ist es, von einem deutschnationalen Putsch zu sprechen. (Ab. Hoffmann: Ihr seid die verkappten Kappbrüder!) Die Regierung hat selbst am 12. März davon gesprochen, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei nichts mit dem Aufruhr zu tun hatten. Wir haben stets mit Nachdruck betont, daß wir jeden gewaltsamen Umsturz verurteilen. (Zurufe: Kessel! und Lachen.) Warum also die Hetze? Was hat sich seit dem 12. März geändert? Wir haben am 9. März noch glauben können, daß durch unser Eingreifen jede irgendwie gewaltsame Putschabsicht endgültig erledigt war. Natürlich hatten wir keine Ursache, die Regierung zu informieren, **da sie auf unsere Veranlassung dauernd vom Staatskommissariat für öffentliche Sicherheit und Ordnung in Kenntnis gehalten worden ist.** Sie hat aber den Informationen anscheinend nicht geglaubt. (Hört! Hört!) Diejenigen unserer Partei, die sich den Kappleuten anschlossen, sind Einspänner (Lachen.) Stellen Sie diesen Wenigen die Tausende deutschnationaler Beamten gegenüber, die, wie die Herren Wildermann und Braun zugegeben haben, wesentlich zum Sturz der Putschisten beigetragen haben. Und beachten Sie unsere Proklamationen. Darin ist gesagt, wir wollen mitarbeiten am Aufbau des Reichs auf dem Boden praktischer Politik. (Lautes Lachen.) **In der Zusammenfassung aller Kräfte, also in der von Ihnen gerühmten Einheitsfront.** (Stürmische Heiterkeit.) Und wir verlangen alsbaldige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände. (Lebh. Unterbrechungen.) Wir haben dieses Programm Kapp gegenüber auch durchgedrückt. (Allgemeines Gelächter.) Man hat unsere Nichtbeteiligung an der gemeinsamen Sitzung der Aeltestenausschüsse als Beweis angesehen für unsere Uebereinstimmung mit Kapp-Lüttwitz. Hier liegt ein arges Mißverständnis vor. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ich komme nun zur Schuldfrage der Gegenseite

(Stürmische Zurufe: Unverschämtheit — Hochverräter! Ordnungsrufe.) Die Regierung hat seit langem das Pulverfaß angefüllt, in das am 13. März der Funke fiel. (Zurufe.) Durch Verzögerung der Neuwahlen, dadurch daß man mit dem Gedanken spielte, den Reichspräsidenten unter Bruch der Verfassung vom Parlament wählen zu lassen errichtete die Koalition eine Diktatur. (Stürmische Unterbrechung.) Dagegen mußte die Reaktion einsehen in dem Gefühl, daß hier der großen Mehrheit des Volkes Unrecht geschah. (Große Unruhe.) Da das die Regierung nicht kommen ... unterdrückt war, hat sie ihre ganze Unfähigkeit erwiesen. Als der Putsch Tatsache war, sind mit den Parteiführern auch der Mehrheitsparteien und der Kappregierung Verhandlungen gepflogen worden. Es war auch eine gewisse Verständigung erzielt. Inzwischen machten sich andere Einflüsse geltend. Die Kappregierung mußte zurücktreten. Es war aber auch klar, daß die alte Regierung nicht mehr möglich war. Ebenso klar war, daß die Gefahr einer Linksradikalisierung der Regierung vorgebeugt werde. Die gegenwärtige Regierungsmehrheit wird sich gegen eine Linksradikalisierung zu schwach erweisen. **Es hätte zu einer Zusammenfassung aller ordnungsliebenden Parteien kommen müssen.** Diejenigen, die den Generalstreik proklamiert haben, haben eine schwere Verantwortung übernommen. **Die Unterzeichner der neun Punkte werden aus deren Annahme Rechte herleiten, an denen Sie alle noch schwer zu tragen haben werden.**

Wir hätten erwarten dürfen, daß zum Ministerpräsidenten nicht ein Mann gewählt wurde, der in weiten Kreisen auf Widerspruch stößt. Das Programm, das uns vorhin entwickelt worden ist, läßt nicht erkennen, für welche Dauer es berechnet ist. Wir sehen die Regierung als ein Zwischenstadium an.

Das Ultimatum gegen die rote Armee muß aufrecht erhalten und mit fester Hand durchgegriffen werden.

Was im Ruhrgebiet an Plünderung und Raub geschieht ist alles andere als eine gerechte Sache (Zuruf: Schwindel!) Wir erwarten einen Abbau der Linksorientierung. Wir werden nicht ins Mauseloch kriechen. Die Ereignisse haben den Schleier von manchen Dingen gerissen. (Lebh. Sehr richtig.) Es hat sich gezeigt wie stark und gründlich der Bolschewismus seine Vorbereitungen getroffen hatte. (Scharfer Widerspruch.)

Ministerpräsident **Braun**: Der Vorwurf, die Regierung sei unterrichtet gewesen und habe trotzdem nichts getan, den Putsch unmöglich zu machen, ist falsch. Wenn ihr ein Vorwurf gemacht werden kann, dann der, daß sie den rechtsstehenden Kreisen und reaktionären Offizieren gegenüber zu vertrauensselig war. **Daß die Regierung zeitweilig Berlin verließ, war kein Akt der Feigheit. Sie wahrte sich dadurch Handlungsfreiheit und konnte die Putschisten vom Reich abschließen.** Sich von Kapp-Lüttwitz gefangen nehmen zu lassen, dazu gehört kein Mut, sondern höchstens Dummheit. Ihre Entrüstung wegen der Präsidentschaftswahl ist ganz und gar nicht am Platze, nachdem sie es immer abgelehnt haben, das Staatsoberhaupt vom Volke wählen zu lassen, anstatt es dem Zufall der Geburt zu überlassen, wer des Volkes Geschicke leiten soll.

Abg. **Limbery** (Soz.): Herr Hergt hat den Versuch unternommen, seine Partei in ein Konglomerat von Eingängern aufzulösen. Ich werde die Schuld ihrer Partei dokumentarisch nachweisen. Die unzähligen Opfer an Menschenleben und wirtschaftlichen Gütern, die als Folge des wahnwitzigen Putsches gefallen sind, fallen ihnen zur Last. Wie haben die Gesellen am 13. März geschmunzelt, die heute den traurigen Mut besitzen, sich heuchlerisch zu entrüsten, wenn ihnen die Wahrheit vorgehalten wird. Redner verliest eine Anzahl von geheimen Rundschreiben und sonstigen Schriftstücken, woraus hervorgeht, daß die Reaktion namentlich im Heer den Putsch bis in alle Einzelheiten vorbereitet hatte. Er schloß: **Notwendig wäre eine stärkere Radikalisierung der Politik. Die Mehrheitsparteien stünden hinter den neun Forderungen der Gewerkschaften.** Auf das Ansinnen der U. S. P., **eine reinsozialistische Regierung zu bilden konnten wir nicht eingehen.**

Es steht unzweifelhaft fest, daß auch Putschisten von links am Werke waren und noch sind. Aber das ist die Schuld der Putschisten von rechts, daß sie die Gegenaktion auslösten.

Wir wünschen, daß das Ultimatum verlängert wird, denn wir wissen, was erneutes Blutvergießen zu bedeuten hat.

Mit Verhandeln kommt man sicher weiter, aber wenn es nicht anders geht, die zügellosen Horden zur Ordnung zu bringen, dann muß eben mit allem Nachdruck zugegriffen werden. Wir brauchen so rasch wie möglich gesicherte Zustände.

Abg. **Dr. v. Krause** (D. Vp.): Wir verwerfen jeden gewaltsamen Umsturz, halten aber auch den Generalstreik für ein Verbrechen, denn der Putsch hätte anders abgewehrt werden können. Es war einer der größten Fehler des alten Regimes, daß es die Opposition, damals die Sozialdemokratie von jeder Mitwirkung ausschloß. Damals verurteilten Sie das aufs schärfste. Und heute wird von Ihnen genau derselbe Fehler begangen. An einen Monarchistenputsch denkt niemand. Wir wollen das sogenannte Volkskaisertum durchaus nur auf verfassungsmäßigem Wege erreichen, mag es auch Jahrzehnte noch dauern. So sehr wir den Kappstreich verurteilen, so wenig können wir einen Unterschied erblicken zwischen ihm und der Novemberrevolution. Wir können aber auch nicht zugeben, daß zur Bekämpfung des Kapp-Putsches der Generalstreik notwendig war. Dadurch, daß das gesamte Volk, einschließlich weiter Kreise des Bürgertums, einmütig in der Ablehnung des Kappregimentes war, war es von vornherein zum Sturze verurteilt. Der Streik war ein Verbrechen. Wir wollen zu einer gegenseitigen Verständigung kommen und nicht leidenschaftliche Kämpfe gegeneinander führen. Aus diesem Grunde dürfen aber auch die Sicherheitsorgane nicht einseitige Klasseneinrichtung sein.

Abg. **Dr. Friedberg** (Dem.): Die Verfassung die von einem Parlament geschaffen worden ist, welches auf Grund des freiesten Wahlrechtes der Welt von der Mehrheit des Volkes gewählt worden ist, ist neues Recht geworden. Es ist nun doch etwas anderes als im November 1918, wenn jetzt eine kleine Clique mit Gewalt diese Verfassung ändern will. Was an Wiederaufbau bereits geleistet war, ist durch den wahnwitzigen Streich hinweggefegt worden. Wie tief sind die beteiligten Offiziere herabgesunken. Zumeist sind es solche, die ein „von" vor ihren Namen setzen. (Zustimmung.)

Hier wurde die Debatte abgebrochen. Nächste Sitzung heute mittag 11 Uhr.

Soeben erschien
die 10. Auflage:
Das Gesetz über Betriebsräte mit Wahlordnung und Anhang
von S. Aufhäuser.
Preis 4.— Mark
Organisationen erhalten Rabatt
Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9.

Groß-Berlin.

An unsere Leser!

Wir machen hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß infolge ungeheuer gestiegener Herstellungskosten der Bezugspreis für die „Freiheit" ab 1. April auf 7,50 Mark monatlich erhöht werden mußte. Der Verlag.

Aus dem Stadtparlament.

Dem Magistratsantrag entsprechend wurde das Schulgeld für die höheren und Mittelschulen erhöht. Technischer Schwierigkeiten wegen konnte eine dem Einkommen entsprechende Staffelung nicht vorgenommen werden. Genosse Dr. Weyl hob jedoch hervor, daß den Minderbemittelsten durch Gewährung von Freistellen möglichst weit entgegengekommen werde, solange unsere angestrebte Einheitsschule nicht verwirklicht ist. Die Elternbeiräte würden sicherlich eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erblicken, Ungerechtigkeiten hierbei zu verhindern.

Der Erhöhung der Kanalisationsgebühren auf 6 Prozent widersprachen natürlich die Hausbesitzer und stimmten ein bewegliches Klagelied an. Die Mehrheit stimmte aber der Erhöhung zu.

Auch die Gaspreise wurden gewaltig in die Höhe geschraubt. Künftig soll ein Kubikmeter Gas eine Mark kosten. Automatengas wird zuzüglich der Gasmessermiete mit 92,46 Pf. berechnet. Für unsere Fraktion gab Genosse Zeuner die Erklärung ab, daß sie der Preissteigerung nicht zustimmen werde. Ein Vergleich mit den Betriebsergebnissen der Gaswerke in den Vororten erwecke berechtigte Zweifel, ob die städtischen Gaswerke technisch und kaufmännisch rentabel arbeiten. Dies müsse eingehend geprüft werden, ehe an eine weitere Verteuerung gedacht werden könne. Entkräftet wurden diese Ausführungen nicht. Trotzdem beschloß die Mehrheit, den vorgeschlagenen Preis zu bewilligen. Widerspruchslos wurde der Erhöhung der Schlacht- und Schaugebühren der Schlachthofgebühren und des Wasserpreises zugestimmt.

Ein Antrag Lammerich wollte die Verpflichtung statuieren, daß zu den Ausschußsitzungen der Stadtverordnetenversammlung bei Beratungen wirtschaftlicher Angelegenheiten der Beamten, Angestellten, Lehrer und Arbeiter ein Vertreter dieser Berufsgruppen mit beratender Stimme zugezogen werden müsse. Die Versammlung erklärte sich jedoch nur damit einverstanden, daß die zuständigen Organisationsvertreter zur Begründung möglichst zugelassen werden.

Die Festsetzung der Bezirksgrenzen im kommenden Groß-Berlin rief eine längere Auseinandersetzung hervor. Man konnte den Eindruck gewinnen, als ob es den Demokraten, die die Vorschläge des Magistrats hauptsächlich bekämpften, darauf ankäme, dem Gesetz Schwierigkeiten zu bereiten, denn so wichtig war die Sache wirklich nicht, um daran viel Worte zu verschwenden.

Debattelos stimmte die Versammlung der Vorlage zu, wonach 1 Million Mark bewilligt werden für Verbilligung der Milch für die Berliner Bevölkerung. Und zum Schluß willigte sie ein, daß Turnhallen und Schulaulen nur gegen Erstattung der Unkosten an Vereine vergeben werden sollen.

Räteschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

An alle Lehrer und Hörer!

Ab Mittwoch, den 31. März, wird der Unterricht in allen Kursen in alter Weise in den üblichen Zeiten und Zimmern wie vor dem Generalstreik weitergeführt.

Am Freitag, den 2. April, und Montag, den 5. April, fällt der Unterricht wegen der Osterfeiertage aus.

Die augenblicklich laufenden Kurse werden bis Mitte April durchgeführt und dann geschlossen. Ende April beginnt das neue Semester. Es wird nochmals auf die gestrige Notiz hingewiesen, wonach die Kursvertrauensleute restierende Kursbeiträge usw. abzurechnen haben. Die Kurse des Metallarbeiterverbandes und die in der Stallschreiberstraße werden ebenfalls wieder aufgenommen.

Die Tariferhöhungen im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr sollen erst zum 1. Juni zur Durchführung gelangen. Auch die Mitteilungen über die voraussichtliche Höhe der neuen Fahrpreise, Verteuerung um 25 oder 50 Proz. aller Preise sind unrichtig, da die Entscheidung des Ministers in dieser Frage noch nicht gefallen ist.

Die Erwerbslosenfürsorge hat mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die Osterfeiertage und den Karfreitag auf die an diesen Tagen fälligen Kontrollstempel verzichtet wird.

Osterferien. Heute, Mittwoch, werden die Groß-Berliner Schulen geschlossen. Die Schulen beginnen am Donnerstag, den 15. April, mit dem neuen Sommerhalbjahr.

Die während der letzten Unruhen auf Neuköllner Gebiet durch Truppen verletzten Personen bzw. deren Angehörige werden aufgefordert, sich unverzüglich zur Feststellung des Tatbestandes im Syndikatsbureau des Magistrats Neukölln, Rathaus, Zimmer Nr. 528, zu melden, oder dem Bureau eine genaue Darstellung des Sachverhalts unter Angabe von Zeugen mitzuteilen.

Erwerbslosenfürsorge im Monat Februar. Nach dem Ergebnis der am Schluß des Jahres 1919 erfolgten umfassenden Bestandsaufnahme stellte sich die Gesamtzahl der Erwerbslosen für Berlin auf rund 51 000 (davon rund 41 000 männliche und 10 000 weibliche); hierbei ergab sich, daß über 10 000 männliche und fast 8000 weibliche Erwerbslose seit April 1919 und länger arbeitslos waren. Nach einem vorübergehenden Anstieg der Erwerbslosenziffer im Januar des Jahres ist von Mitte Februar an eine ständige Abnahme festzustellen. Am 28. Februar d. J. stellte sich die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Berlin nur auf wenig mehr als 47 000 (davon rund 40 000 männliche und 7000 weibliche) gegenüber rund 50 500 am 31. Januar d. Js. Der Abgang an Erwerbslosen im Februar beläuft sich auf rund 19 000 (davon 15 000 männliche und 4000 weibliche), der Zugang auf rund 9500 (davon 8000 männliche und 1500 weibliche). Von den 47 000 Erwerbslosen waren mehr als die Hälfte organisiert. Am 28. Febr. waren arbeitslos seit April und länger rund 6000 männliche und rund 900 weibliche Erwerbslose. Die Zahl der am längsten Erwerbslosen hat sich also seit Ausgang des Jahres 1919 bei den Männlichen um annähernd die Hälfte, bei den Weiblichen um etwa zwei Drittel verringert. Die Unterstützung wurde eingestellt wegen Arbeitsaufnahme in rund 14 829 Fällen, wegen Arbeitsverweigerung in 47 Fällen, wegen Fernbleibens von der Geschäftsstelle in 1505 Fällen, aus sonstigen Gründen in 2007 Fällen.

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern nachmittag auf die 69 Jahre alte Ehefrau Wilhelmine Stock in der Zossener Straße 9 verübt. Als diese allein in ihrer Wohnung war, klingelte an ihrer Tür ein junger Mann, der sich nach einem Sohn der Frau Stock erkundigte. Die ahnungslose Frau ließ den Mann auch hinein und kam mit ihm in ein längeres Gespräch. In dessen Verlauf sprang der Mann plötzlich der Frau Stock an den Hals und schlug mit einem harten Gegenstand heftig auf sie ein, bis sie an der Kochmaschine zusammenbrach. Als Nachbarn auf den Vorgang aufmerksam wurden, ließ der Mörder von seinem Opfer ab und versuchte zu entfliehen, wurde jedoch von einem gerade hinzukommenden Oberwachtmeister festgenommen. Frau

grade hinzukommenden Oberwachtmeister festgenommen. Frau Stock hat schwere Verletzungen, ihr Zustand ist so bedenklich, daß sie nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Der Verhaftete wurde festgestellt als ein 20 Jahre alter aus Tempelhof gebürtiger Heinrich Kolanek, der es zweifellos auf eine Beraubung der Frau abgesehen hatte.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Ummeldung des Zuckerbezuges beim Kleinhändler. Wer vom 1. April 1920 ab seinen Zucker von einem anderen Kleinhändler als bisher beziehen will, muß die Ummeldung in der Zeit vom 1. bis 8. April d. J. einschließlich bewirken. Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Kontrollabschnitte derjenigen Zuckerkarten, mit welchen ein Wechsel des Kleinhändlers vorgenommen werden soll, den Bezugsberechtigten herauszugeben. Diese Kontrollabschnitte sind denjenigen Kleinhändlern, welche vom 1. April d. J. ab Zucker liefern sollen, zu übergeben und von diesen mit dem Vermerk „Ummeldung" und ihrer Firma versehen der Zuckerversorgungsstelle, Kommandantenstr. 80/81, bis zum 15. April d. J. einzureichen. Die Zuckerversorgungsstelle stellt die Kontrollabschnitte nach Kenntnisnahme den Kleinhändlern zur Einordnung in die Kundenliste wieder zu. — Auf Abschnitt 54 der Süßstoffkarte H entfallen im April 1920 vier Päckchen Süßstoff, H-Packung, zum Preise von je 50 Pf. Die Abschnitte 1—53 dürfen im April 1920 nicht mehr eingelöst werden.

Friedrichsfelde, Am Mittwoch: 250 Gr. Kunsthonig auf 2 der Haushaltungskarte, 250 Gr. Auslandsmarmelade auf 12 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 250 Gr. Backobst auf R der Warenbezugskarte; am Donnerstag: 250 Gr. Kartoffelmehl auf M der Warenbezugskarte. 250 Gr. Maismehl auf N der neuen Warenbezugskarte. Ferner gelangen auf 3 der Haushaltskarte zu den festgesetzten Preisen ab Donnerstag diverse Gemüsekonserven zum Verkauf.

Aus den Organisationen.

Referenten-Kursus. Die Kurse des Genossen Jensen und Genossen Zietz beginnen Dienstag, 13. April, und Mittwoch, 14. April.

Distriktsobleute der Kommunalkommissionen. Mittwoch, 31. März, abends 7 Uhr, Sitzung im Sitzungssaal der Arbeitsgemeinschaft, Breite Straße 8/9.

4. Distrikt. Donnerstag, 1. April, abends ½8 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Meyer über die letzten Vorgänge. 2. Beratung über die Vorschläge zum Statut des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg. 3. Wahl des Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Verschiedenes.

5. Distrikt. Elternbeiräte. Donnerstag abend 7 Uhr Versammlung sämtlicher Elternbeiräte in der Schulaula Petersburger Straße 4. Vortrag: „Aufgaben der Elternbeiräte."

9. Distrikt. Donnerstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Greifswalder Straße 23/24 (Lyzeum). Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. Referent: Genosse Dr. Herz.

10. Distrikt, 4. Abteilung. Agitationskommission. Donnerstag, 1. April, Sitzung bei Crone, Metzer Straße 2.

12. Distrikt. Mittwoch abend 7 Uhr Versammlung in der Schulaula Greifenhagener Straße 20.

Britz. Donnerstag abend ½8 Uhr große öffentliche Versammlung in Rabbatz' Festsälen, Chausseestraße. Genosse Dr. Breitscheid spricht über die Ursachen und Folgen des Generalstreiks.

Post und Telegraphie. Sämtliche Funktionäre treffen sich am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 5 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstr. 5/6.

Vereinskalender.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin. Donnerstag, 1. April, abends 6 Uhr, große öffentliche Versammlung in Weißensee, Realgymnasium Woelckpromenade 18. Thema: „Das Elend der Invaliden." Referent Leidensgenosse Sudke. Freie Aussprache.

Freie sozialistische Proletarierjugend, Ortsgruppe Nordost. Donnerstag, 1. April, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der Schule Thorner Straße 50.

Allgemeiner humanistischer Kulturbund. Mittwoch abend 7½ Uhr im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, Vortrag von Prof. Dr. Dolenske: „Welthandel, seine Voraussetzungen!" Eintritt frei! Redefreiheit!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Abteilung Norden. Heute, Mittwoch, abend 7 Uhr Lichtbildervortrag „Wanderungen durch das deutsche Dorf" mit anschließender musikalischer Unterhaltung in der Aula Grünthaler Straße 5, nahe Bhf. Gesundbrunnen. Eintritt 90 Pf.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Osterfahrten: I. 3. bis 6. April Wanderung zu den Fläminghurgen, Abf. Sonnabend früh. II. 5. April Birkenwerder—Briese—Oranienburg, Abf. 6.40 Stettiner Bhf. Näheres in der Sitzung am 1. April, 7 Uhr abends, bei Wühlisch, Skalitzer Straße 22. Gäste willkommen!

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83/85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Branche der Achtung!
Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser
Die wegen des Generalstreiks ausgefallene
Vertrauensmänner-Konferenz
findet am Donnerstag, den 1. April 1920, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11—12 statt.
Die Ortsverwaltung.

Kupfer :: Messing
Quecksilber
Blei :: Zink
zum höchsten Tagespreis
Schulzendorfer Str. 2.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-à-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

TRAURINGE
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold
in allen Preislagen.
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE
Goldwaren-Fabrik
Weinstock G. m. b. H.
Centrale:
BERLIN, Mohrenstrasse 16
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke,
Kottbuser Damm 24.
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3 und
Schöneberg, Grunewaldstraße 19.
Achtung! Kein Laden.
Geöffnet von 9—1 und 3—6

Münzen, Briefmarken
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621.

Lumpenfabrik S. Scheiftel
zahlt Schneidern für jede Art Wollumpen Engrospreise. Kilo 8 bis 25 Mark
Kl. Markusstr. 7, Königst. 6237.

Wer für Altmetalle den höchsten Preis erzielen will, gehe zum Metalleinkauf
Dresdener Straße 11.

K. Welsand
Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 118
zahlt die höchsten Preise für alle Sorten
Metalle und Alteisen.

Speditions-Aenderung.
Vom 1. April bekommen die Freiheit-Abonnenten des vierten Distrikts die Zeitung durch die
Spedition Sinner, Skalitzer Straße 101
zugestellt.
Daselbst werden Botenfrauen eingestellt.
Der Verlag.

Achtung! Ankauf!
Kupfer Messing
Zink Blei
sowie Zinn, Aluminium
zahle die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeuge sich
1 Oderberger Str. 1 im Hof
(an der Schönhauser Allee).

Für Altmetalle
jeder Art, Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
zahle noch immer
die höchsten Tagespreise
Zimmermann, Alte Jakobstr. 56 u. Waldemarstr. 28.
Bei Anruf Moritzpl. 4347. Abholung gratis.

Allerhöchste Preise für
Metalle
zahlt wieder
Metallbruchhandlung
A. AUKTUN
Neukölln, Steinmetzstr. 18.

20 Tel.: Amt Kgst. 6255. 20
Metalle!
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn
usw.
Höchste Preise
Lumpen, Papier engros.
Martin Kautz,
Weberstr. 20
20 Tel.: Amt Kgst. 6255. 20

Metalle
streng reelle Preise
Quecksilber
Kupfer
Messing
Metallkontor
Stallschreiberstr. 43/49

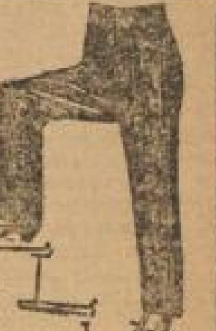
Trotz des Preissturzes!!
zahle ich die lohnendsten Tagespreise
von allen Richtungen
Kupfer Blei 20 Pf. Messing Zink
Metallhandlung SW.,
Schrager, Simeonstr. 23,
Ecke Alexandrinenstr.
Keine Täuschung des Publikums

Quecksilber
Kupfer
Messing
Blei
Zink
Zu den höchsten Tagespreisen.
Metallankauf
Kommandantenstr. 77
Hof rechts. Fernruf: Ztr. 8706
Tempelhofer Ufer 16a
Hall. Tor. Fernruf: Kurf. 7392.
Größ. Posten werden abgeholt.

No. 25 Achten nur No. 25. No. 25
Alt-Metalle
zahlt noch immer die höchst. Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Quecksilber usw. die
Metall-Einkaufstelle
Lothringer Str. nur No. 25
Eingang Angermünder Str.
Achten nur No. 25.

Nummer beachten!
Altmetalle
Lumpen, Papier u. Eisen kauft ständig zu den höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn
BERLIN SO 26
Naunynstraße 38
an der Oranienbrücke.
Amt Moritzplatz 4500.
Naunynstrasse 38

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren
kauft
Borgwardt,
Prinzenstraße 84,
Moritzplatz 3363.

Hosen

vornehme Streifenmuster
42.— 70.— 95.— 150.— 165.— 200.— 250.— 300.— 400.— usw.
Jackett-Anzüge neueste Formen . . .450.— 480.— 700.— 750.— usw.
Marengo-Jacketts und Westen . . . . . .275.— 300.— 350.—
Gummi-Mäntel gute Qualitäten . . . . . .265.— 390.— 590.— usw.
Sommer-Paletots marengo, gute Stoffe . . . . .475.— 650.— 750.—
Keine Filialen mehr
BaerSohn
Nur eine Verkaufsstelle
Nur Chausseestrasse 29–30 Nur

Metalleinkaufstelle
Neukölln, Schillerpromenade 23
zahlt die höchsten Tagespreise

Metalle aller Art, Quecksilber
rohe Felle, Wolle, Rosshaare, Flaschen, Papier usw.
kauft zu höchsten Tagespreisen Neue Königstr. 59, Hof r.
Nähe Alexanderplatz. — Größere Posten werden abgeholt.

Zahle die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Eisen usw.
Metallankauf Norden,
Driesener Str. 24 Ecke Schivelbeiner Str.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke
Waldemarstraße 74
Tel. Moritzplatz 9955

Kupfer :: Messing :: Blei
Zink :: Alt-Eisen
Felle · Flaschen · Lumpen
Zahle die höchsten Tagespreise.
Fritz Behrens, Blumenstr. 71,
Ecke Markusstraße, Keller.

Altbekannt
ist, daß die Alt-Metallhandlung
Franz Stingl, Alte Jakobstraße 69,
Quergebäude I. r.
für sämtl. Metalle die höchsten Preise zahlt.

Alte Gebisse
auch zerbrochene kauft für eigenen dringenden Bedarf auch bei Einsendung zu bekannt reellen hohen Preisen stets
Emil Teichler,
Chemisches Laboratorium
Belle-Alliance-Platz 6a.

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 111
an der Lützowstraße
Sprechst. 12—2, ½6—10 Uhr abends, Sonntags 11—1 Uhr
Spezialarzt f. Haut u. Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1.50.

Charlottenburg
Botenfrauen stellt sofort ein
Spedition Lorenz, Wallstr. 68.

Botenfrauen
für Tour Mehner und Landwehrstr., Landsberger Allee stellt sof. ein Sped. Werner, Greifswalder Str. 29.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 229
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Baltenplatz.

Reelles
Wir kaufen
KUPFER
Blei, Zink
MESSING
Stanniol
Zinnfolie
Quecksilber
Aluminium
Celluloid
Metallabfälle
Platin, Goldbruch und Silberbruch
PETERS
Prenzl. Str. 24
MÖBUS
Waldstraße 3
GERMEL
Gotzkower Straße 10
DEGENER
Schöneberg
Bahnstraße 46
HAASE
Skalitz. Str. 95a
Ecke Lausitzer Platz
Gewicht

ALTMETALL
Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den
höchsten Tagespreisen
Schlosserei
NIEMANN,
Stallschreiberstr. 55,
Hof, Keller. Am Moritzpl.
Auf Hausnummer achten.

Die höchsten Konkurrenzpreise für
Kupfer
Messing, Blei, Zinn und Spiralbohrer
zahlt
Eichler, Malmöerstr. 26
Eingang Privatstraße, an der Schivelbeiner Straße.
Auch Sonntags.

Elektrische Leitungsdrähte
Kabel — Litzen
Dynamo- u. Klingeldrähte
kauft höchst zahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2418

Alt-Metalle
Engrosverwertung,
Invalidenstr. 14?, Norden 9699.

! Metalle !
Streng reelle Bedienung.
Kupfer 14.— M.
Messing 9.— „
Blei 5.— „
Zinn 3.— „
Wassmannstr. 22, im Laden.

Metalle
Kupfer bis 14.— Mk.
Messing bis 9.— „
Blei bis 5.— „
Zink bis 3.50 „
streng reell
Greifsirasse Nr. 33
am Bahnhof Weissensee

Kupferleitungen,
Motore, Dynamodraht
kauft zu Höchstpreisen
Elektrobureau Langestr. 27,
1 Treppe, nicht Keller.
Alexander 3030.

Sterbekasse 56. Der Nachtrag 4 der Satzung vom 25. 1. 20 ist am 24. 3. 20 vom Polizei-Präsidium genehmigt und tritt am 1. 4. 20 in Kraft. Der Vorstand I. A. B. Bergemann.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn, Lagermetall usw. kauft zu unüberbietbaren Tagespreisen
Zuckermann,
Elsasser Straße 9, vorn I.
Norden 4661.

Kupfer
Messing, Blei, Rotguß, Zinn, Zink, Quecksilber
kauft wie bekannt zu allerhöchsten Tagespreisen
Metallankauf
Lothringer Str. 89/90.
Legitimation erbeten.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel.: Lützow 3705 und 6819

Schnellaufbohrer, neue, jeden Posten
bis 200 %. Naturstahl, Holzschrauben kauft
Friedrich Morgenstern
nur Lichtenberg,
Weichselstr. 18. Alex. 1268.

Spiralbohrer
Schmirgelfeilen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, sowie alle Art Werkzeuge kauft
Wolthe, Moabit, Ulmenstr. 16
Fernsprecher Hansa 514.

Schnellaufbohrer, Schmirgelfeilen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer neue kauft zu allerhöchsten Tagespreisen. Händler Extrapreise. Heinrichs, Moabit, Rostocker Str. 72.

Spiralbohrer, Feilen, Werkzeuge für Metallbearbeitung (neu) kauft Werkzeughandlung Beuthstraße 14 (Spittelmarkt).

Spiralbohrer S. S. konisch + 400 $ kauft Moschel, Neukölln, Pannier Straße 73.

Kaninfelle,
Ratten-, Ziegen- u. Rehfelle, Wollabfälle kauft zu höchsten Preisen jeden Posten Robert Kundt, Berlin, Wrangelstr. ...

Größte Auswahl in hervorragend sparten Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzimmern und Küchen. Billigste Preise. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30.

Grammophonplatten,
alte gebrochene, 4.50—9.50 M. pro Stück, Kilo 19 M., kauft Ferra, Neukölln, Allerstr. 11.

Lehrstelle als Mechaniker sucht Packhelser, Brückenstraße 16.

Genossen
beachtet die Inseratenteil